

SOZIALSTRUKTUR und WÄHLERVERHALTEN
(WAHLFORSCHUNGSSTUDIE BURGENLAND)

Forschungsbericht

Anton PELINKA
Herbert RAUCH
Horst WEGSCHEIDER

Forschungsmemorandum Nr. 62
September 1971

SYSTEMATIK:

- I. Inhalte, Methoden und Entwicklungsstand der Wahlforschung
- II. Modellfall Burgenland
- III. Hypothesen
- IV. Methoden und Daten
- V. Ergebnisse und Interpretationen
- VI. Aussagen zur Theorie des Wählerverhaltens

I. INHALTE, METHODEN UND ENTWICKLUNGSSTAND DER WAHLFORSCHUNG

Das soziale Phänomen der Wahl als Objekt der Wahlforschung wird unterschiedlich gedeutet. Nach den Vorstellungen der klassischen (normativen) Demokratietheorie ist die Wahl primär Legitimationsvorgang: Der Wähler überträgt seine originäre Entscheidungsbefugnis auf einen Vertreter, der entweder - in der plebiszitären Sicht Rousseaus - weisungsgebundener Agent, oder aber - in der repräsentativen Sicht Burkes und der ihn weiterführenden Auffassung vom "freien Mandat" ¹⁾ - ungebundener Vertreter ist. ²⁾ Die empirisch-analytischen Theorien stellen den Begriff der Macht in das Zentrum des Wahlvorganges und sehen in diesem vor allem Machtkontrolle und Machtzuweisung. ³⁾

Der systemtheoretische Zugang Eastons und anderer deutet die Wahl als Eingabe (input) in das politische System, die dieses stützt (support) und damit stabilisiert. ⁴⁾ Luhmann interpretiert, in Fortführung des systemtheoretischen Ansatzes, die Wahl als Absorptions- und Integrationsvorgang: Die Wahl dient der Absorption von gesellschaftlichen Konflikten und damit der Integration der diese Konflikte tragenden sozialen Kräfte in das politische System. ⁵⁾

Diesen einander im wesentlichen nicht ausschließenden, sondern ergänzenden Betrachtungsweisen ist gemeinsam, daß die Wahl als ein für die Demokratie, für das politische System, für den politischen Prozeß wesentlicher Vorgang gesehen wird. Die in der Politikwissenschaft festzustellende Ausweitung des Bezugssystems und die damit zusammenhängende Verschiebung und Verlagerung des Phänomens der Wahl ändert nichts an dessen zentraler Bedeutung. Die Wahlforschung muß zwar immer wieder neue substantielle und methodische Zugänge zur Kenntnis nehmen und integrieren. Davon unabhängig bleibt sie eines der vordringlichsten Anliegen politikwissenschaftlicher Forschung.

Die Bedeutung der Wahlforschung für die Politikwissenschaft ist freilich untrennbar an die Bedeutung der Wahl für das politische System gebunden. Nur dann, wenn Wahlen ihre normative Funktion als Legitimations-

quelle des Systems⁶⁾ zumindest partiell auch tatsächlich ausfüllen, ist die Erforschung des Zustandekommens von Wahlentscheidungen, der gesellschaftlichen Hintergründe des Wahlvorganges wesentlich. Die Wahlforschung ist damit auf bestimmte politische Systeme beschränkt, andere politische Systeme bieten ihr kein Betätigungsfeld.

Das für die Sinnhaftigkeit der Wahlforschung entscheidende Kriterium ist nicht der Wahlvorgang an sich, sondern dessen kompetitiver Charakter. Nicht das formale Wählen, sondern das tatsächliche Auswählen aus mehreren offerierten Alternativen ist die Voraussetzung für die Funktionalität der Wahlforschung, wobei allerdings schon die Möglichkeit der Wahlabstinenz als Alternative ausreicht, um der Wahlforschung ein Feld zu bieten.⁷⁾ Die Wahlforschung ist somit auf die dem Konkurrenzmodell entsprechenden politischen Systeme konzentriert, die gesellschaftliche Konflikte in eine formalisierte Konkurrenz wahlwerbender Kandidaten, Gruppen, Parteien umsetzen und dem Wähler zur Entscheidung überantworten wollen.⁸⁾ Da diese Konkurrenz in den politischen Systemen der Gegenwart fast ausnahmslos zu einer Konkurrenz politischer Parteien geworden ist, kann die Wahlforschung ganz allgemein mit dem Mehrparteiensystem in kausale Verbindung gebracht werden: Wahlforschung setzt grundsätzlich ein Mehrparteiensystem voraus,⁹⁾ Wahlforschung ist die Untersuchung eines für das Mehrparteiensystem typischen Konfliktregelungsmusters, nämlich der kompetitiven Wahl.

Außer diesem Zusammenhang zwischen Wahlforschung und Parteienkonkurrenz sind weitere, jedoch keineswegs im Sinn einer kausalen Korrelation zwingende Zusammenhänge deutlich. Die Entwicklung der Wahlforschung wurde von der Ausweitung des ursprünglich auf eine (im wesentlichen durch ökonomische Privilegien definierte) Oberschicht eingeschränkten Wahlrechtes (Kurienwahlrecht) zum "gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen" Wahlrecht¹⁰⁾ stimuliert. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht als Endstufe einer meist stappenweisen Entwicklung schob die Wahl noch stärker in das Blickfeld systematischer Betrachtungen und regte so zur

wissenschaftlichen Erforschung dieses Vorganges an. Die Anfänge der Wahlforschung und das allgemeine Wahlrecht lassen sich an den Beginn des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen. Etwa seit den 20er Jahren sind Wahlforschung und allgemeines Wahlrecht selbstverständliche Bestandteile sozialwissenschaftlicher Forschung, beziehungsweise des politischen Prozesses.¹¹⁾

Das Gesamtgebiet der Wahlforschung läßt sich nach inhaltlichen und nach methodischen Gesichtspunkten gliedern. Inhaltlich kann zwischen der Untersuchung der Determinanten des individuellen Wählerverhaltens und der Untersuchung der Wechselwirkung von Wählerverhalten und politischem System unterschieden werden.¹²⁾ Methodisch bietet sich eine Unterscheidung in Wahlkampfmonographien, wahlstatistische Untersuchungen, ökologische Wahlforschung und Verhaltensforschung an.¹³⁾

Inhalte der Wahlforschung

Welcher Wähler warum welche Partei, welchen Kandidaten wählt, stand und steht im Mittelpunkt der Wahlforschung. Die Erforschung der Determinanten des individuellen Wählerverhaltens ist notwendigerweise stark praxisorientiert: Die politischen Akteure, vor allem die politischen Parteien beziehen aus diesen Ergebnissen der Wahlforschung wesentliche Anregungen. Vor allem die Methoden des Wahlkampfes werden von der Wahlforschung beeinflusst.¹⁴⁾

Die Wahlforschung hat sich vor allem auf drei Gruppen von Determinanten des Wählerverhaltens konzentriert: Sozioökonomische, sozialpsychologische und institutionelle Determinanten. Die verschiedenen Determinanten wirken auf den Wähler ein (pressures), die Resultante dieser pressures ist das Wählerverhalten. Der Wähler erscheint als ein die Umweltfaktoren passiv erfahrendes Wesen, das die von ihm bewußt und mehr noch unbewußt erlebten pressures in individuelles Verhalten umsetzt.

Die systematische Erfassung der sozioökonomischen Determinanten gelang der inhaltlich und methodisch bahnbrechenden Untersuchung des Verhaltens der Wähler von Erie County (Ohio) während der Präsidentschaftswahlen von 1940.¹⁵⁾ Lazarsfeld, Berelson und Gaudet erbrachten den empirisch abgesicherten Nachweis der engen Verbindung objektiv meßbarer Umweltfaktoren und individueller Wahlentscheidung. In dem "Index of Political Predispositions" ist als wesentlicher Bestimmungsfaktor der sozioökonomische Status enthalten. Dieser wurde auf Grund der von den Interviewern erhobenen Informationen über den Lebensstandard der Wähler gebildet.¹⁶⁾ Ihre zentrale Aussage faßten Lazarsfeld, Berelson und Gaudet zusammen: ".... a person thinks politically, as he is socially." "Social characteristics determine political preferences."¹⁷⁾

Sowohl die amerikanische, als auch die europäische Wahlforschung widmen seither der Untersuchung sozioökonomischer Faktoren viel Aufmerksamkeit.¹⁸⁾ Die Aussage der Erie-County-Studie wurde im wesentlichen immer bestätigt - die sozioökonomische Struktur einer Population begründet verschiedene, auf Grund empirischer Untersuchungen prognostizierbare Wahrscheinlichkeiten des Wählerverhaltens. Freilich ist dazu kritisch anzumerken, daß der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Struktur und Wählerverhalten niemals ein direkter, ungebrochener ist, daß vielmehr sozioökonomische Faktoren durch das subjektive Bewußtsein der Wähler gebrochen werden. Die (subjektive) Perzeption (objektiver) Umweltfaktoren determiniert das Wählerverhalten, nicht die Umweltfaktoren selbst.¹⁹⁾

Die Brechung objektiver, sozioökonomischer Umweltfaktoren wird von den sozialpsychologischen Determinanten mitbestimmt. Sozialpsychologische Determinanten als Produkte der Sozialisation äußern sich vornehmlich in der Identifizierung mit oder auch in der formalen Zugehörigkeit zu organisierten Gruppen. Der Wähler sieht seine gesellschaftliche Situation durch die Brille seiner Identifikationen und Bindungen, hinter denen Sozialisationserlebnisse stehen. Die Identifikation mit

Parteien, Verbänden (sowohl wirtschaftlichen Interessengruppen, als auch ideellen Förderverbänden²⁰⁾), ethnischen Gruppen bedeutet die Internalisierung bestimmter politischer Einstellungen, die sich in einem bestimmten politischen Verhalten niederschlagen.²¹⁾

Die dritte Gruppe von Determinanten des Wählerverhaltens ist von den beiden ersten relativ separiert. Politische Institutionen als Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Entscheidungen entwickeln Eigengesetzlichkeiten und wirken in einem feedback-Mechanismus auf politische Entscheidungen zurück. Die Wechselwirkung von Verfassungsrahmen, Parteiensystem und Wählerverhalten wurde insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich untersucht.²²⁾ Das Ausmaß der Konzentration der Wählerstimmen auf Parteien und Kandidaten wurde in diesen Untersuchungen als abhängige Variable gesehen, das Wahlsystem (im Umweg über das Parteiensystem) als unabhängige Variable.²³⁾

Die Deutung des Wählerverhaltens als ein Netzeffekt einer Vielzahl von Determinanten²⁴⁾ führt zum Begriff der cross-pressures. Determinanten der verschiedenen Ebenen (sozioökonomische, sozialpsychologische, institutionelle) können als ein homogenes Bündel von pressures den Wähler in eine dann eindeutig bestimmte politische Richtung drängen. Ist eine solche Homogenität der Determinanten nicht gegeben, konkurrieren die in unterschiedliche Richtungen drängenden Determinanten miteinander, so ziehen diese Faktoren-Kreuzungen (cross-pressures) bestimmte Konsequenzen nach sich, die von der Wahlforschung vor allem bei der Untersuchung des Wechsels der Parteipräferenz analysiert wurden.²⁵⁾ Insbesondere die Wählertypologie (Stammwähler, Wechselwähler, Nicht-Wähler) konnte dadurch systematisch weitergeführt werden.²⁶⁾

Schon die Beschäftigung mit den institutionellen Determinanten des Wählerverhaltens führt von der Untersuchung bloß des individuellen Verhaltens weg, hin zu Fragestellungen, die das politische System in seiner Gesamtheit betreffen. Die Analyse institutioneller Determinanten

zielt auf die Beeinflussung des Wählers durch das politische System, sie ist eine Untersuchung der output-Funktionen. Die Untersuchung der input-Funktionen des Wählers ist auf einem vergleichsweise geringeren Entwicklungsstand. Für den demokratietheoretisch entscheidenden Aspekt der Lernfähigkeit, der Beeinflußbarkeit des politischen Systems durch das Wählerverhalten hat die empirische Wahlforschung bisher nur Ansätze von Antworten zu geben vermocht.

Als besonders interessante Versuche sind hier die Studien des Survey Research Center zu erwähnen.²⁸⁾ Untersuchungsziel dieser Studien war das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen Wählern und Gewählten, die Abhängigkeit der politischen Einstellungen der Repräsentanten von den politischen Einstellungen der Repräsentierten. Mittels Korrelationsanalyse konnte ein empirischer Beitrag zur Theorie der Repräsentation erbracht werden. Die Untersuchungsmethode ist jedoch wegen der Besonderheiten des Regierungs- und vor allem Parteiensystems der USA nicht ohne weiteres auf andere politische Systeme übertragbar.

Methoden der Wahlforschung

Die Wahlforschung kennt keine geschlossene Methodologie. Die verschiedenen Formen der Datengewinnung lassen verschiedene, sich voneinander deutlich abhebende Methoden hervortreten.

Wahlkampfmonographien sind in ihrem Schwerpunkt deskriptiv, sie liefern eine Darstellung der kurzen Zeitspanne unmittelbar vor dem Wahlakt. Sie sind meistens materialreich und wollen ein möglichst getreues Bild aller für relevant gehaltenen Ereignisse bieten. Wahlkampfmonographien sind deshalb integrativ - ihr Vorzug liegt in ihrem umfassenden, methodisch meistens nicht weiter spezialisierten Charakter. Dadurch rücken Wahlkampfmonographien in die Nähe der Zeitgeschichte.²⁹⁾

Die allgemeine Verständlichkeit und unmittelbare Verwertbarkeit von Wahlkampfmonographien führte dazu, daß in allen politischen Systemen mit kontinuierlichen, kompetitiven Wahlen Wahlkampfmonographien regel-

mäßig publiziert werden. Die wichtigsten, weil andere befruchtenden Wahlkampfmonographien sind die Studien des Nuffield College.³⁰⁾

Deren Bedeutung basiert unter anderem auch auf gesetzlichen Vorschriften in Großbritannien, die eine statistische Erfassung und Auswertung der Wahlergebnisse in kleinen Einheiten verbieten, weshalb anspruchsvollere Forschungsmethoden erschwert oder unmöglich sind und die britische Wahlforschung gezwungen ist, sich auf Wahlkampfmonographien zu konzentrieren.³¹⁾

Wahlstatistische Untersuchungen hängen in ihrer Qualität sehr stark von der Qualität amtlicher Wahlstatistiken ab. Ist die Qualität des der Wahlforschung zur Verfügung stehenden, statistischen Materials hoch, so ermöglicht der Entwicklungsstand der Formalwissenschaften die Anwendung von Methoden, die zu zahlreichen, politikwissenschaftlich relevanten Aussagen führen.³²⁾

Die Anfänge auch heute noch aussagestarker wahlstatistischer Untersuchungen lagen in den 30er Jahren. In Europa und in den USA wurde versucht, zwischen allgemeinen sozialstatistischen Daten und der Wahlstatistik Korrelationen herzustellen. Die Weiterentwicklung formalwissenschaftlicher Techniken hat diese ersten Ansätze wahlstatistischer Untersuchungen zu komplexen Methoden fortgeführt,³³⁾ deren grundlegende Problematik allerdings unüberwindbar erscheint: Der Nachweis der Dependenz sozialstatistischer und wahlstatistischer Daten sagt grundsätzlich nichts aus über die Kausalität der Beziehungen. Wahlstatistische Untersuchungen sind zwar die methodisch abgesichertste Form der Wahlforschung, sie bedürfen aber in einem besonderen Ausmaß der Ergänzung durch Ergebnisse vorhergehender oder folgender Untersuchungen.³⁴⁾

Ökologische Wahlforschung ist integrative Wahlforschung schlechthin. Alle nur denkbaren Umweltfaktoren werden auf ihren Erklärungswert für das Wählerverhalten überprüft. Ökologische Wahlforschung ist an sich keine Methode für sich, sondern eine Summe unterschiedlicher Methoden,

die zur Beantwortung unterschiedlicher Fragestellungen herangezogen werden, um das soziale Phänomen der Wahl in allen seinen Dimensionen auszuleuchten.³⁵⁾

Die ökologische Wahlforschung begann als "géographie électorale" mit den schon vor dem 1. Weltkrieg veröffentlichten Studien André Siegfrieds³⁶⁾. Vor allem die in den USA entstandenen Untersuchungen erweiterten später den geographischen Zugang zu einem umfassenden ökologischen.³⁷⁾ Die Vorzüge des ökologischen Zugangs ist die Vielschichtigkeit der möglichen Aussagen - ökologische Studien können sich grundsätzlich allen irgendwie potentiell relevanten Determinanten zuwenden, sie können auch einen Brückenschlag von der Deutung des Wählerverhaltens zum politischen System einschließen. Ökologische Wahlforschung muß jedoch immer mit der Neigung zur Uferlosigkeit, mit der Gefahr des Zerfließens, der umfangreichen Faktensammlung ohne besonderen Aussagewert kämpfen.

Verhaltensforschung zielt nicht auf das Verhalten einer Population, auf die Wähler in Aggregaten (wie die bisher ausgeführten Methoden), sie will das Verhalten des einzelnen Wählers untersuchen und beschreiben. Verhaltensforschung kann im Bereich der Wahlforschung mit Umfrageforschung gleichgesetzt werden.³⁸⁾

Das individuelle Wählerverhalten bisher als dominierender Forschungsinhalt korrespondierte sehr weitgehend mit der Umfrageforschung als Methode. Weil die Determinanten der individuellen Wählerentscheidung bisher im Mittelpunkt des Interesses standen, bediente sich die Wahlforschung vor allem der adäquaten Forschungsmethode der Befragung der Wähler. Die Verhaltensforschung, angeregt vor allem durch die Studien Lazarsfelds und seiner Mitarbeiter³⁹⁾, wurde zu der wohl bestentwickelten Methode. Diese Bedeutung wird auch durch die konkrete Interessenlage potentieller Auftraggeber erklärt: Befragungsstudien eignen sich zur Erstellung kurzfristiger Wahlprognosen und damit als unmittelbar zu verwendendes Hilfsmittel für politische Akteure.⁴⁰⁾

Wahlforschung als Demokratieforschung

Die Wahlforschung ist eines der fortgeschrittensten Gebiete der empirischen Politikwissenschaft.⁴¹⁾ Das hat freilich auch etwas mit der bereits erwähnten Interessenlage zu tun: Weil eben das Phänomen der Wahl ein nicht direkt zu steuerndes Instrument der Machtverteilung ist, existiert ein massives Interesse an der Beobachtung dieses Vorganges, um aus den daraus gewonnenen Informationen die Möglichkeiten einer indirekten und partiellen Steuerung des Wählerverhaltens abschätzen zu können. In einem politischen System, das Elite-Positionen unter anderem auch mittels des Mechanismus der kompetitiven Wahl der Elite durch die Nicht-Elite vergibt, ist die Erforschung der Bestimmungsfaktoren dieses Mechanismus eine Machtfrage.

Die Wahlforschung will das Ausmaß der wechselseitigen Abhängigkeit von Elite und Nicht-Elite bloßlegen. Tritt die Wahlforschung an diese ihre Aufgabe mit dem Anspruch heran, ihre Ergebnisse primär der Elite zur Verfügung zu stellen, dann ist sie tendenziell Manipulation: Sie liefert denen zusätzliche Informationen (Macht), die - dem Demokratiepostulat zufolge - als Gewählte von den Wählern abhängig sein sollen. Sieht die Wahlforschung jedoch ihre Aufgabe unter dem Aspekt der Aufklärung einer möglichst breiten Öffentlichkeit über gesellschaftliche Zusammenhänge, dann ist sie tendenziell Emanzipation: Sie liefert denen zusätzliche Information (Macht), auf die - im Demokratiemodell - alle Macht rückführbar sein soll.

ANMERKUNGEN

- 1 Zum Begriff des freien Mandates vgl. Müller, C., Das imperative und freie Mandat, Leiden 1966. Koja, F., Das freie Mandat des Abgeordneten, Salzburg und München 1971.
- 2 Vgl. dazu Pitkin, H., The Concept of Representation, Berkeley 1967; Bachrach, P., The Theory of democratic Elitism, Boston 1967; Abendroth, W., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967.
3. So Scheuch, E.K., Wildenmann, R. (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, KZSS, Sonderheft 9/1965, S. 38: "Als wichtigste Funktionen der Wahl erscheinen Machtkontrolle und Machtzuweisung."
- 4 Easton, D., A Systems Analysis of Political Life, 2nd pr., New York, London, Sydney 1967, S. 218 f., 372 ff.: Almond, G.A., Powell, G.B., Comparative Politics, Boston und Toronto 1966, S. 16 ff.
- 5 Luhmann, N., Legitimation durch Verfahren, Neuwied und Berlin 1969, S.155 ff.
- 6 Vgl. dazu Narr, W.D., Naschold, F., Theorie der Demokratie, Stuttgart 1971, S.164 ff.
- 7 Eine der ersten empirischen Studien im Bereich der Wahlforschung beschäftigte sich mit den Ursachen der Wahlabstinenz: Merriam, C.E., Gosnell, H.F., Non-Voting, Chicago 1924.
- 8 Zum Konkurrenzmodell, insbes. zum Begriff der Konkurrenzdemokratie, vgl. Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950; Downs, A., An Economic Theory of Democracy, New York 1957.
- 9 Zur Typologie der Parteiensysteme vgl. Duverger, M., Les Partis Politiques, Paris 1951.
- 10 So die Formulierung des Art.26 B-VG.
- 11 Die Anfänge der Wahlforschung beschreibt Diederich, N., Empirische Wahlforschung, Köln und Opladen 1965.
- 12 Vgl. dazu Narr, Naschold, a.a.O. S.167 ff.
- 13 Vgl. dazu Diederich, a.a.O., S.169 ff.
- 14 So schreibt Otwin Massing in: Kress, G., Senghaas D., (Hrsg.) Politikwissenschaft - eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1969, S.360: "... ein nach den Methoden des Marketing ver-

wissenschaftlicher, durchrationalisierter Wahlkampf, dessen politische Funktion für die Überlebenschancen der Massendemokratie vergleichbar ist der ökonomischen Funktion der Reklameindustrie für Prosperität ohne Krise auf der Basis von Massenproduktion und Massenkaufkraft."

- 15 Lazarsfeld, P.F., Berelson, B., Gaudet, H., The Peoples Choice, second ed., New York 1948.
- 16 Lazarsfeld et al., a.a.O., S.174 ff.
- 17 Lazarsfeld et al., a.a.O., S.27
- 18 Als Beispiele für die sich mit den sozioökonomischen Determinanten beschäftigende Literatur: Lazarsfeld et al., a.a.O.; Miller, W., The Socio-Economic Analysis of Political Behavior, in: Midwest Journal of Political Science, 1958/3; Dogan, M.: La stratificazione sociale dei suffragi in Italia. La donne italiane tra il cattolicesimo e il marxismo. Estratto da: Elezioni e comportamento politico in Italia, Milano 1962; Rubinstein, J.: Estructura socio-económica y comportamiento politico en la Argentina, in: Revista del Instituto del Ciencias sociales, 1968 - 69, S.227 ff.

Kaltefleiter, W., Wirtschaft und Politik in Deutschland, Köln und Opladen 1966;

Wilson, J., Politics and social class in Canada: the case of Waterloo South, in: Canadian Journal of Political Science, Sept.1968, S.288 ff.
- 19 Narr, Naschold, a.a.O., S.171.
- 20 Zur Verbandstypologie vgl. von Beyme, K., Interessengruppen in der Demokratie, München 1969.
- 21 Als Beispiele für die sich mit den sozialpsychologischen Determinanten beschäftigende Literatur: Campbell, A., Converse, P., Miller W., Stokes D., The American Voter, New York, London, 1960; Key, V.O., Munger, F., Social Determinism and Electoral Decision, in: Burdick, E., Brodbeck, A.(ed.), American Voting Behavior, Glencoe 1959; Zohnhöfer, W., Parteiidentifizierung in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten, in: Scheuch, Wildenmann, a.a.O.; Foladare, I.S., The effect of neighborhood on voting behavior, in: Political Science Quarterly, Dec. 1968, S.516 ff.;

Hughes, A., Authoritarian orientation, alienation and political attitudes in a sample of Melbourne voters, in: Australian and Zealand Journal of Sociology, Oct. 1967, S.134 ff.

- 22 Als Beispiele für die sich mit den institutionellen Determinanten beschäftigende Literatur: Duverger, M., *L'influence des systèmes électoraux sur la vie politique*, Paris 1950; Hermens, F.A., *Demokratie oder Anarchie*, Frankfurt 1951; Unkelbach, H., *Grundlagen der Wahlsystematik*, Göttingen 1956; von der Vring, Th., *Reform oder Manipulation*, Frankfurt 1968;
- Rae, D., *Political Consequences of Electoral Laws*, New Haven, London, 1967;
- Neisser, H., Pelinka, A., (Hrsg.), *Für ein mehrheitsförderndes Wahlrecht in Österreich*, Wien 1971.
- 23 Vgl. dazu Wildenmann, R., Kaltefleiter, W., Schleth, U., *Auswirkungen von Wahlsystemen auf das Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik*, in: Scheuch, Wildenmann, a.a.O.
- 24 Lazarsfeld et al., a.a.O., S. : "A vote decision can be considered the net effect of a variety of cross pressures."
- 25 Lazarsfeld et al., a.a.O., S.65 ff;
- Campbell et al., a.a.O., S.11 ff.;
- Kaase, M., *Wechsel von Parteipräferenzen*, Meisenheim 1967;
- Liepelt, K., Mitscherlich, A. (Hrsg.), *Thesen zur Wählerfluktuation*, Frankfurt 1968.
- 26 Einen Überblick über die Wählertypologie bringen etwa Kaase, M., *Analyse der Wechselwähler in der Bundesrepublik*, in: Scheuch, Wildenmann, a.a.O., sowie Blecha, K., Gmoser, R., Kienzl, H., *Der durchleuchtete Wähler*, Wien 1964.
- 27 Zur Begriffsbildung vgl. Anmerkung 4.
- 28 Campbell, A., Converse, P., Miller, W., Stokes, D., *Elections and the Political Order*, New York 1962.
- 29 Diederich, a.a.O., S.169 ff.
- 30 Butler, D., *The British General Election of 1951*, London 1952; ders., *The British General Election of 1955*, London 1955; ders., Rose, R., *The British General Election of 1959*, London 1960.
- 31 Diederich, a.a.O., S. 175
- 32 Vgl. dazu Rokkan, St., Meyriat, J. (ed.), *International Guide to Electoral Statistics*, Paris 1967;
- Dogan, M., Rokkan, St.(ed.), *Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences*, Cambridge, London 1969.

- 33 Als Beispiele für wahlstatistische Untersuchungen: Bean, L., Ballot Behavior, Washington 1940; ders., How to Predict Elections, New York 1948;
Gosnell, H.F., Grass Roots Politics, Washington 1942;
Tingsten, H., Political Behavior, Studies in Election Statistics, London 1937; Hirsch-Weber, W., Schütz, K., Wähler und Gewählte, Berlin und Frankfurt 1957; Goguel, F., Géographie des élections francaises de 1870-1951, Paris 1952;
Bruckmann, G., Schätzung von Wahlresultaten aus Teilergebnissen, Wien, Würzburg, 1966
- 34 Gosnell, a.a.O., S.141: "quantitative methods may be used either to test significant hypotheses or to reveal relationships that require further explorations."
- 35 Howard, P., Political Tendencies in Louisiana 1812-1952, Baton Rouge 1957, S.3: "Techniques of several of the social sciences are employed in ecological analysis, combining geographical, historical, sociological and statistical methods."
- 36 Siegfried, A., Tableau Politique de la France de l'ouest sous la Troisième République, Paris 1913; ders., Géographie électorale de l'Ardèche sous la III^e République, Paris 1949.
- 37 Heberle, R., From Democracy to Nacism, Baton Rouge 1945; ders., Social Movements, New York 1951; Howard, a.a.O.; Key, V.O., Southern Politics in State and Nation, New York 1950.
- 38 Diederich, a.a.O., S.190 ff.
- 39 Lazarsfeld et al., a.a.O.; Berelson, B., Lazarsfeld, F., Mc Phee, W., Voting, Chicago 1954.
- 40 Vgl. dazu die Tätigkeit der kommerziellen Meinungsforschungsinstitute, die - vor allem im Auftrag der Parteien - laufend Wahlforschung betreiben.
- 41 Narr, Naschold, a.a.O., S.199: "Die Entwicklung der Wahlforschung hat heute einen solchen Stand erreicht, daß sie innerhalb der politischen Soziologie wohl das deskriptiv-theoretisch am weitesten fortgeschrittene Gebiet darstellt."

II. MODELLFALL BURGENLAND

Das Burgenland ist mit 3.965 km² das der Fläche nach siebtgrößte, mit 271.001 Einwohnern das der Einwohnerzahl achtgrößte Bundesland der Republik Österreich.¹⁾ Das Burgenland ist das jüngste Bundesland Österreichs: Der Vertrag von St. Germain sprach Österreich die mehrheitlich von Deutschsprechenden bewohnten Gebiete Westungarns zu. Eine in Ausführung eines österreichisch-ungarischen Abkommens vom 13. Oktober 1921 (Venediger Protokoll) durchgeführte Abstimmung trennte jedoch das als Hauptstadt vorgesehene Odenburg ab, sodaß das Burgenland ohne sein gewachsenes politisches und ökonomisches Zentrum als neuntes Bundesland zu Österreich kam.²⁾

Obwohl die staatsrechtliche Bindung an Österreich erst so spät erfolgte, bestanden schon lange vor dem ersten Weltkrieg enge, vor allem wirtschaftliche Verflechtungen zwischen dem westlichen Randgebiet Transleithaniens und der Industriezone am Ostrand Zisleithaniens. Wien, das südöstliche Niederösterreich und der Grazer Raum waren sowohl Absatzmarkt für die landwirtschaftlichen Produkte Westungarns, als auch Anziehungspunkte für westungarische Wanderarbeiter.³⁾ Die Entstehung der westungarischen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert stand in engem Zusammenhang mit dieser Wanderbewegung. Wanderarbeiter, die in Ostösterreich arbeiteten, aber in Westungarn lebten, trugen vor allem sozialdemokratische Vorstellungen in das agrarische Milieu ihrer engeren Heimat.⁴⁾ Die ökonomische Westorientierung war eines der entscheidenden Motive für die Stimmung zugunsten eines Anschlusses an Österreich zwischen den Jahren 1918 und 1921⁵⁾.

Die Entwicklung des Parteiensystems

Die schon vor der staatsrechtlichen Vereinigung mit Österreich bestehenden Verflechtungen äußerten sich in der zum übrigen Österreich im wesentlichen parallelen Entwicklung des Parteiensystems ab 1922. Wie auf Bundesebene, waren auch im Burgenland die Christlichsoziale Partei und die Sozialdemokratische Partei die beiden stärksten Parteien.

Der Anteil dritter Parteien - vor allem Burgenländischer Bauernbund (später Landbund) und Großdeutsche Volkspartei - war jedoch im Burgenland überproportional: Sowohl bei den Wahlen vom 18. Juni 1922, (für das Burgenland die Nationalratswahl 1920, die vorerst ohne das Burgenland durchgeführt wurde), als auch bei der Nationalratswahl vom 21. Oktober 1923 war die Summe der Anteile aller dritter Parteien nur noch in Kärnten größer als im Burgenland.⁶⁾ Das Parteiensystem des Burgenlandes hatte am Beginn der Republik Österreich einen geringeren Konzentrationsgrad aufzuweisen als das gesamtösterreichische Parteiensystem.⁷⁾

Tabelle 1

Entwicklung der Konzentration des Parteiensystems in Österreich und im Burgenland bei Nationalratswahlen

	Summe der Anteile der beiden Großparteien (Christlichsoziale und Sozialdemokraten, bzw. ÖVP und SPÖ)	
	Österreich	Burgenland
1920 (1922)	78,0 %	69,9 %
1923	84,6 %	76,0 %
1927 ⁸⁾	83,7 %	77,3 %
1930	76,8 % (83,0 %) ⁹⁾	79,0 % (82,7 %) ⁹⁾
1945	95,0 %	95,9 %
1949	82,7 %	93,0 %
1953	83,4 %	93,0 %
1956	89,0 %	95,2 %
1959	89,0 %	93,8 %
1962	89,4 %	95,0 %
1966	90,9 %	96,6 %
1970	93,1 %	96,9 %
1971	93,2 %	96,7 %

Es werden jeweils die Summe der Anteile der für die beiden Großparteien abgegebenen, gültigen Stimmen in Relation zu der Gesamtzahl der gültigen Stimmen ausgewiesen.

Der Konzentrationsprozeß des Parteiensystems im Sinne eines Trends zum Zweiparteiensystem ging im Burgenland rascher vor sich als im gesamten Bundesgebiet. Entgegen der Ausgangslage am Beginn der Republik war ab 1945 der Konzentrationsgrad des burgenländischen Parteiensystems immer bedeutend höher als der des gesamtösterreichischen Parteiensystems. Das burgenländische Parteiensystem weist einen auch international auffallend hohen Konzentrationsgrad auf.¹⁰⁾

Der Konzentrationsprozeß des Parteiensystems hat alle Bezirke des Burgenlandes in relativ gleichmäßigem Ausmaß erfaßt. Eine Aufstellung der Summe des Stimmenanteils der beiden Großparteien bei allen Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen zwischen 1945 und 1970 auf Bezirksebene zeigt nur geringe regionale Differenzen bei der Entwicklung des Parteiensystems.

Tabelle 2

Entwicklung der Konzentration des Parteiensystems im Burgenland

	E-St	Rust	E-Land	G	J	M	N	Op	Ow
NR 45	92 %	64 %	90 %	95 %	93 %	93 %	91 %	95 %	91 %
NR 49	91 %	76 %	91 %	92 %	88 %	91 %	89 %	93 %	89 %
GR 50	83 %	67 %	87 %	75 %	82 %	88 %	85 %	81 %	82 %
NR 53	86 %	72 %	87 %	90 %	85 %	89 %	88 %	91 %	89 %
GR 54	87 %	72 %	86 %	87 %	84 %	90 %	83 %	82 %	85 %
NR 56	89 %	71 %	90 %	87 %	87 %	91 %	87 %	93 %	90 %
GR 58	84 %	59 %	86 %	76 %	81 %	90 %	82 %	85 %	86 %
NR 59	86 %	68 %	89 %	81 %	81 %	91 %	84 %	92 %	86 %
LT 60	83 %	63 %	87 %	87 %	81 %	88 %	83 %	90 %	86 %
GR 62	80 %	75 %	87 %	76 %	76 %	89 %	82 %	82 %	84 %
NR 62	89 %	76 %	90 %	85 %	83 %	91 %	87 %	90 %	88 %
LT 64	88 %	78 %	90 %	88 %	82 %	90 %	85 %	91 %	88 %
NR 66	92 %	88 %	93 %	91 %	87 %	92 %	90 %	93 %	92 %
GR 67	83 %	69 %	89 %	83 %	84 %	92 %	85 %	89 %	88 %
LT 68	93 %	85 %	93 %	91 %	87 %	93 %	89 %	93 %	91 %
NR 70	93 %	84 %	92 %	90 %	88 %	92 %	87 %	92 %	91 %

Anmerkung: NR=Nationalratswahl, LT=Landtagswahl, GR=Gemeinderatswahl. Solange NR und LT gemeinsam durchgeführt wurden, wird nur die NR ausgewiesen.

E-St=Eisenstadt Stadt; E-Land=Eisenstadt Umgebung; G=Güssing; J=Jennersdorf; M=Mattersburg; N=Neusiedl; Op=Oberpullendorf; Ow=Oberwart. Im Gegensatz zur Tabelle 1 weist diese Tabelle die Summe der Anteile der für die beiden Großparteien abgegebenen, gültigen Stimmen in Relation zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten (und nicht der gültigen Stimmen) aus. Die Statutarstädte Eisenstadt und Rust sind ausnahmsweise nicht dem Bezirk Eisenstadt zugezählt, um die Besonderheit der Entwicklung vor allem in Rust zu verdeutlichen.

Daß das burgenländische Parteiensystem mehr als das gesamtösterreichische Parteiensystem ein Zweiparteiensystem ist, ergibt sich nicht nur aus dem höheren Konzentrationsgrad, sondern auch aus dem überproportionalen Anteil sowohl der SPÖ als auch der ÖVP im Burgenland bei allen Nationalratswahlen seit 1945. Eine im Anschluß an Louis H.Bean durchgeführte Trendextrapolation¹¹⁾ für das Burgenland (in Relation zu den gesamtösterreichischen Ergebnissen) zeigt deshalb nur positive Werte.

Tabelle 3

Trendextrapolation Burgenland

	ÖVP	SPÖ
1945	+ 1,9	+ 0,5
1949	+ 9,1	+ 1,7
1953	+ 7,0	+ 2,6
1956	+ 3,2	+ 3,0
1959	+ 3,1	+ 1,8
1962	+ 3,3	+ 2,3
1966	+ 2,8	+ 2,8
1970	+ 3,3	+ 0,6

Anmerkung: Der nationale Stimmenanteil einer Partei (an den gültigen Stimmen) wird mit dem entsprechenden Anteil der Partei auf Landesebene verglichen. Durch einfache Subtraktion wird errechnet, ob das Burgenland diese Partei über- oder unterproportional wählt.

Für die Charakterisierung eines Parteiensystems als Zweiparteiensystem ist, neben dem Konzentrationsgrad, der Abstand zwischen den Großparteien ein wesentliches, definitorisches Merkmal.¹²⁾ Je knapper der Abstand, umso eher ist eine Einstufung als Zweiparteiensystem möglich. Der Abstand zwischen ÖVP und SPÖ hat sich zwischen 1945 und 1970 im Burgenland auch tatsächlich verringert: Betrug er bei der Nationalratswahl 1945 noch 6,6 Prozent (ÖVP 51,7 %, SPÖ 45,1 % der gültigen Stimmen), so war bei der Nationalratswahl 1970 der Abstand nur 0,7 Prozent (SPÖ 48,8 %, ÖVP 48,1 % der gültigen Stimmen). Auch auf der Ebene der Bezirke haben die Anteile der beiden Großparteien die Tendenz zum Ausgleich.

Tabelle 4

Verschiebung der Stimmenanteile 1945-1970 (in Relation zu den gültigen Stimmen)

ÖVP	1945	1970	q ⁺)
Eisenstadt ⁺⁺⁾	47,6 %	46,0 %	0,966
Güssing	60,3 %	55,1 %	0,914
Jennersdorf	62,3 %	55,7 %	0,894
Mattersburg	42,9 %	41,4 %	0,965
Neusiedl	47,6 %	46,0 %	0,966
Oberpullendorf	54,6 %	50,3 %	0,921
Oberwart	52,0 %	48,1 %	0,925
SPÖ	1945	1970	q ⁺)
Eisenstadt ⁺⁺⁾	46,4 %	48,5 %	1,075
Güssing	38,6 %	42,9 %	1,111
Jennersdorf	37,2 %	40,3 %	1,083
Mattersburg	54,8 %	56,7 %	1,035
Neusiedl	45,1 %	48,5 %	1,075
Oberpullendorf	43,8 %	47,9 %	1,094
Oberwart	44,2 %	49,2 %	1,113

+) q=Quotient (Stimmenanteil 1970 dividiert durch Stimmenanteil 1945);
 ++) Politischer Bezirk Eisenstadt-Umgebung samt Statutarstädten Eisenstadt und Rust

Der q-Wert zeigt das Ausmaß des langfristigen Trends einer Partei an: Je höher der q-Wert, desto günstiger der Trend. Sowohl bei ÖVP, als auch bei SPÖ weisen diejenigen Bezirke die geringsten q-Werte auf, in denen die jeweilige Partei 1945 die absolute Mehrheit erringen konnte - ÖVP in Güssing, Jennersdorf, Oberpullendorf, Oberwart, SPÖ in Mattersburg. Die beiden Großparteien entwickelten sich in den Bezirken am schlechtesten, in denen sie die beste Ausgangsposition hatten. Diese Erscheinung bedeutet eine sukzessive Egalisierung der regionalen Unterschiede des Wählerverhaltens, die Differenz zwischen den beiden Großparteien wurde tendenziell kleiner. Auch bei Berücksichtigung der regionalen Unterschiede kann von einer Konvergenz der Stimmenanteile der Großparteien und damit von einem Trend zum Zweiparteiensystem gesprochen werden.

Die ökonomische Entwicklung

Die ökonomische Struktur des Burgenlandes unterscheidet sich sehr wesentlich von den übrigen Bundesländern: Das Burgenland weist in Vergangenheit und Gegenwart die größte Agrarquote , den geringsten Verstädterungsgrad und - damit in kausalem Zusammenhang - das geringste Pro-Kopf-Einkommen in Österreich auf.¹³⁾ Der Abstand zwischen der ökonomischen Struktur des Burgenlandes und der des übrigen Österreiches verringert sich jedoch seit Jahren.¹⁴⁾

Tabelle 5

Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung (in Prozenten)

	Land- und Forst- wirtschaft		Industrie und Gewerbe	
	<u>1951</u>	<u>1961</u>	<u>1951</u>	<u>1961</u>
Österreich	22 %	16 %	37 %	39 %
Burgenland	47 %	33 %	27 %	35 %
Eisenstadt ⁺)	39 %	26 %	30 %	36 %
Güssing	64 %	47 %	18 %	27 %
Jennersdorf	63 %	47 %	19 %	28 %
Mattersburg	25 %	16 %	40 %	47 %
Neusiedl	56 %	43 %	18 %	26 %
Oberpullendorf	45 %	31 %	30 %	37 %
Oberwart	44 %	30 %	31 %	39 %

+) Politischer Bezirk Eisenstadt-Umgebung samt Statutarstädten Eisenstadt und Rust

Die ökonomische Struktur des Burgenlandes ist durch eine industrielle Verspätung gekennzeichnet. Das Burgenland ist mehr Agrarland und weniger Industrieland als alle anderen österreichischen Länder. Die relativ verspätete Industrialisierungsphase des Burgenlandes bedeutet jedoch nicht nur ein Nachhinken, sondern auch ein Aufholen: Im Burgenland ändern sich rascher als im übrigen Österreich die ökonomischen Bedingungen und die damit zusammenhängenden sozialen Verhältnisse. Das Burgenland ist gerade wegen seiner industriellen Verspätung in einem besonderen Ausmaß ein Land des allgemeinen gesellschaftlichen Umbruches.

Dieser Prozeß der verspäteten, aber rasanten ökonomischen und sozialen Veränderung hat alle Bezirke des Landes erfaßt. Sowohl in den ursprünglich fast reinen Agrarbezirken (Güssing, Jennersdorf, Neusiedl), als auch in den anderen Bezirken hat die agrarische Bevölkerung innerhalb eines Jahrzehntes relativ gleichmäßig um ein Drittel ihres Standes von 1951 abgenommen.

Folgeerscheinung der industriellen Verspätung des Burgenlandes ist die Pendelwanderung, eine Erscheinung, die in das 19. Jahrhundert zurückreicht. Die Volkszählung 1961 wies aus, daß 13,7 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung des Burgenlandes Wanderarbeiter waren, ein Anteil, der sich auch im folgenden Jahrzehnt als stabil erwies.¹⁵⁾ Etwa zwei Drittel dieser Wanderarbeiter arbeiten außerhalb der Landesgrenzen des Burgenlandes - 39 Prozent der unselbständig Beschäftigten des Burgenlandes arbeiteten 1961 außerhalb des Landes.¹⁶⁾ Die forcierte Gründung von Industriebetrieben innerhalb der Landesgrenzen bringt zwar nicht das Gesamtphänomen der Pendelwanderung zum Rückgang, allmählich verlagert sich jedoch das Schwergewicht zugunsten des Anteils der im Land selbst beschäftigten Wanderarbeiter.¹⁷⁾

Tabelle 6

Von 100 unselbständig Beschäftigten waren außerhalb des Landes beschäftigt:¹⁸⁾

	<u>1955</u>	<u>1961</u>
Wien	2	3
Niederösterreich	12	18
Burgenland	29	39
Oberösterreich	2	3
Salzburg	2	5
Steiermark	2	3
Kärnten	3	5
Tirol	2	4
Vorarlberg	6	10

Das Ausmaß der Pendelwanderung hat im Burgenland extreme Werte erreicht, kein anderes Bundesland weist auch nur annähernd so viele Auspendler auf. Die allgemeine ökonomische Entwicklung in Verbindung mit dem Fehlen eines Wirtschaftszentrums mit wesentlicher Sogwirkung innerhalb der Landesgrenzen ist dafür als Ursache anzusehen.

Die doppelte Minderheitensituation

Seiner sprachlichen und konfessionellen Struktur nach ist Österreich ein homogenes Land. 98,7 Prozent der Wohnbevölkerung sprechen als Muttersprache deutsch,¹⁹⁾ 88,9 Prozent sind Mitglied der römisch-katholischen Kirche.²⁰⁾ In diesem sprachlich und konfessionell einheitlichen Land nimmt das Burgenland eine Sonderstellung ein: Es ist das Bundesland mit dem geringsten Anteil sowohl von Deutschsprechenden, als auch von Katholiken. Das Burgenland besitzt mehr als jedes andere österreichische Bundesland sowohl sprachliche, als auch konfessionelle Minderheitengruppen von quantitativer Relevanz.

Diese doppelte Minderheitensituation steht in engem Zusammenhang mit dem historischen Hintergrund des Landes. Als Land der Grenze, das nicht nur zwischen Österreich und Ungarn, sondern längere Zeit auch zwischen dem osmanischen Reich und Österreich lag, folgte es teilweise anderen Entwicklungslinien als das übrige Österreich. Die Existenz sprachlicher und konfessioneller Minderheitsgruppen ist Ausdruck der besonderen burgenländischen Geschichte.²¹⁾

Tabelle 7

Umgangssprache²²⁾

	Osterreich	Burgenland	
	1951	1951	1961
deutsch	98,7 %	86,8 %	87,8 %
andere	1,3 %	13,2 %	12,2 %

Tabelle 8

Entwicklung der sprachlichen Struktur des Burgenlandes²³⁾

	deutsch	kroatisch	ungarisch	andere
1920	75,0 %	15,0 %	8,0 %	2,0 %
1923	81,0 %	14,1 %	5,2 %	-
1934	81,0 %	13,5 %	3,5 %	2,0 %
1951	86,8 %	11,1 %	1,9 %	0,2 %
1961	87,8 %	10,0 %	1,9 %	0,3 %

Tabelle 9

Konfession

	Österreich		Burgenland	
	1951	1961	1951	1961
römisch-katholisch	89,0 %	88,9 %	85,5 %	85,3 %
evangelisch AB, HB	6,2 %	6,2 %	14,1 %	14,4 %
andere	4,8 %	4,9 %	0,4 %	0,3 %

Die sprachlichen Minderheiten stehen unter dem Gesetz der Abnahme, ihr Anteil ist im Burgenland seit Jahrzehnten rückläufig. Die konfessionelle Minderheit der Evangelischen hat sich jedoch stabilisiert.

Die Minderheitsgruppen leben im Burgenland nicht in geschlossenen größeren Siedlungsgebieten, sie sind über das gesamte Bundesland verstreut. Gemeinden mit einem Anteil an Evangelischen von über 50 Prozent der Wohnbevölkerung gab es zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 in allen sieben politischen Bezirken des Landes, Gemeinden mit einem Anteil an Kroaten von über 50 Prozent der Wohnbevölkerung in allen Bezirken mit Ausnahme des Bezirkes Jennersdorf, Gemeinden mit einem Anteil an Ungarischsprechenden von über 50 Prozent der Wohnbevölkerung allerdings nur im Bezirk Oberwart.

Die soziale Schichtung der Wohnbevölkerung des Burgenlandes korreliert mit der Zugehörigkeit zu den Sprachgruppen: Die Kroaten des Burgenlandes sind in den sozial höheren Schichten (nach Beruf, Einkommen, Besitz) unterrepräsentiert, in den sozial niederen Schichten überrepräsentiert.²⁴⁾ Die Deutschsprechenden hingegen sind in den sozial höheren Schichten über- und in den sozial niederen Schichten unterrepräsentiert.

Das Burgenland als soziales System präsentiert sich somit als das österreichische Bundesland mit dem ausgeprägtesten Zweiparteiensystem, mit der größten, sich jedoch permanent verringernden industriellen Verspätung und mit der quantitativ stärksten Minderheitenproblematik.

ANMERKUNGEN

- 1 Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Wien 1970, S.14
Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung 1971 ist das Burgenland mit 272.000 Einwohnern nur mehr das neuntgrößte Bundesland.
Wr.Zeitung, 15.7.1971
- 2 Vgl. dazu Stadler, K., Das Werden des Burgenlandes - ein Teil der österreichischen und europäischen Nachkriegsgeschichte, in: Burgenländische Heimatblätter, Heft 1/1971, S 1 ff.; Sinowatz, F., Das Werden eines österreichischen Bundeslandes, in: Vierzig Jahre Burgenland, Eisenstadt 1961;
Guglia, O., Das Werden des Burgenlandes, Eisenstadt 1961 (Heft 44 der Burgenländischen Forschungen).
- 3 Schlag, G., Die Anfänge der sozialdemokratischen Partei im Burgenland, phil.Diss., Univ.Wien 1966, S.3 ff.
- 4 Schlag, a.a.O., S.3 ff.
- 5 Schlag, a.a.O., S.34 f., Stadler, a.a.O., S.3 f.
- 6 Stiefbold, R.(et al.), Wahlen und Parteien in Österreich, Band III, Wien 1966. Zur Entwicklung des burgenländischen Parteiensystems vgl. Schlag, a.a.O., sowie Unger, G.M., Die christlichsoziale Partei im Burgenland, phil.Diss., Univ.Wien 1964.
- 7 Zum Begriff der Konzentration vgl.
- 8 Von dem auf die bürgerliche Einheitsliste entfallenden Stimmenanteil wurden entsprechend dem von Stiefbold erwähnten Schlüssel jeweils 85,9 Prozent der Christlichsozialen Partei und damit der Summe der Anteile der beiden Großparteien zugerechnet. Gerlich, P.(et al.), Nationalratswahl 1966 - Österreichisches Wahlhandbuch, Band IV, Wien 1968, S.191.
- 9 Die in Klammer angegebenen Werte rechnen den auf den Heimatblock entfallenen Stimmenanteil der Christlichsozialen Partei zu. Vgl. dazu Stiefbold, in Gerlich, a.a.O., S.191.
- 10 Vgl. dazu Blondel, J., An Introduction to Comparative Government, London 1969, S. 153 ff.
- 11 Bean, L., How to Predict Elections, New York 1948
- 12 Blondel, a.a.O., S.168

- 13 Die Auswirkungen der Industrialisierung des Burgenlandes, Beiträge des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES), Landesentwicklungsprogramm Burgenland, Wien 1968, S.40
- 14 ebenda
- 15 Burgenländische Statistiken, Heft 7, Eisenstadt 1968, S.27
- 16 Landesentwicklungsprogramm Burgenland, Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Raumplanung, Wien 1968, S.13.
- 17 Burgenländische Statistiken, a.a.O., S.27.
- 18 Landesentwicklungsprogramm Burgenland, a.a.O., S.13.
- 19 Volkszählung 1951. Die Volkszählung 1961 "erfolgte in Anlehnung an die Ergebnisse der Volkszählung 1951, d.h. nur für jene Gebiete, in denen im Jahre 1951 eine nennenswerte Anzahl von Personen mit nichtdeutscher Umgangssprache festgestellt wurde." Gesamtösterreichische Werte über die Umgangssprache liegen also für 1961 nicht vor. Volkszählungsergebnisse 1961, Heft 13, Wien 1964, S.5.
- 20 Volkszählung 1961.
- 21 Burghardt, A., Borderland, Madison 1962.
- 22 Bei doppelten Angaben (z.B. deutsch-kroatisch) wurde immer die erste Angabe berücksichtigt.
- 23 Die Angaben für 1920-1934 nach Burghardt, a.a.O., S.247.
- 24 Die Begabungsreserven des Burgenlandes, eine Modellstudie des Pädagogisch-Psychologischen Dienstes Österreichs, Wien 1966, S.137 ff.

III. HYPOTHESEN

Entsprechend dem allgemeinen politischen Charakter des Burgenlandes und korrespondierend mit der inhaltlichen Klassifizierung der Wahlforschung lassen sich für das Wählerverhalten im Burgenland drei grundlegende Hypothesen aufstellen, aus denen weitere Annahmen ableitbar sind:

- Die sozioökonomischen Determinanten bestimmen das Wählerverhalten in Richtung einer der wirtschaftlichen Zugehörigkeit der Wähler entsprechenden Dichotomie.
- Die sozialpsychologischen Determinanten bestimmen ergänzend das Wählerverhalten im Sinn einer Brechung, einer Abschwächung der sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens.
- Die institutionellen Determinanten stärken langfristig die die sozioökonomische Determiniertheit des Wählerverhaltens abschwächende Bedeutung der sozialpsychologischen Determinanten.

Die sozioökonomischen Determinanten

Als Indikator für die sozioökonomische Schichtung wird die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung auf Grund der Ergebnisse der Volkszählungen von 1951 und 1961 gewertet.¹⁾ Die Annahme, daß die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung einen relativ hohen Erklärungswert für das Wählerverhalten besitzt, stützt sich nicht nur auf allgemeine Erkenntnisse der Wahlforschung, sondern auch auf Befragungen burgenländischer Wähler²⁾ und auf die Ergebnisse der Kammerwahlen, die laufend Rückschlüsse auf ein schichtenspezifisches Wählerverhalten erlauben.

Die allgemeine Annahme einer sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens wird konkretisiert zu der Annahme einer positiven Korrelation des Anteils der für die ÖVP abgegebenen, gültigen Stimmen und des Anteils der Wohnbevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zur Land- und Forstwirtschaft einerseits, des Anteils der für die SPÖ abgegebenen, gültigen Stimmen und des Anteils der Wohnbevölkerung mit

wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Industrie und Gewerbe andererseits. Diese Hypothese wird auch in der Form getestet, daß alle anderen, statistisch erfaßbaren Formen wirtschaftlicher Zugehörigkeit auf ihren Erklärungswert für das Wählerverhalten getestet werden.

Neben der wirtschaftlichen Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung wird das Ausmaß der Pendelbewegung als mögliche Erklärung sozioökonomisch determinierten Wählerverhaltens herangezogen: Wanderarbeiter, die in ihrem Wählerverhalten auch von ihrem beruflichen Milieu bestimmt werden, tragen ihre politischen Einstellungen in ihre an sich politisch anders strukturierten Wohngemeinden. Wanderarbeiter aus dem stark agrarischen Burgenland erfahren außerhalb ihrer engeren Heimat die Einflüsse der Industriegesellschaft und vermitteln diese Einflüsse ihrer engeren Heimat. Die Annahme läuft darauf hinaus, den Wanderarbeitern die Funktion von politischen Multiplikatoren zuzuschreiben, die die ökonomisch noch gar nicht vollzogene Industrialisierung in ihren politischen Auswirkungen bereits vorwegnehmen. Konkret bedeutet dies die Annahme einer positiven Korrelation des Anteils der Auspendler und des Anteils der für die SPÖ abgegebenen, gültigen Stimmen, beziehungsweise einer negativen Korrelation des Anteils der Auspendler und des Anteils der für die ÖVP abgegebenen, gültigen Stimmen.

Die sozialpsychologischen Determinanten

Als Indikator für die sozialpsychologische Determiniertheit des Wählerverhaltens wird die doppelte Minderheitensituation gewertet. Die Zugehörigkeit zu bestimmten, sprachlich und konfessionell definierten Minderheitsgruppen bedeutet eine mehr oder minder spezifische Form der Sozialisation, die sich auch in gruppenspezifischen politischen Einstellungen und damit in einem gruppenspezifischen Wählerverhalten niederschlagen könnte.

Die Rolle, die die konfessionelle Schichtung in der Geschichte der Republik Österreich gespielt hat (konfessionelles Verhalten war vor allem in der 1. Republik eine Konstitutante der Zugehörigkeit zu einem

der politischen "Lager"³⁾, führt zu der Annahme, daß zwischen konfessionellem Verhalten und Wählerverhalten ein kausaler Zusammenhang besteht. Da die auf Grund der Ergebnisse der Volkszählungen erfassbare Zugehörigkeit zu den staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften das konfessionelle Verhalten nur unscharf widerspiegeln kann, wird ergänzend auf den Anteil der "Dominicantes"⁴⁾ (regelmäßige Besucher römisch-katholischer Sonntagsgottesdienste) an der römisch-katholischen Wohnbevölkerung gegriffen, soweit dies trotz der unterschiedlichen Einheiten - die Wohnbevölkerung ist in der Einheit Gemeinde, die Dominicantes sind in der Einheit Pfarre erfaßt - möglich ist. Jedenfalls wird eine positive Korrelation zwischen katholisch-konfessionellem Verhalten und dem Anteil der für die ÖVP abgegebenen, gültigen Stimmen angenommen.

Daß eine sprachlich, ethnisch oder kulturell bestimmte Minderheit auch durch ein spezifisches Wählerverhalten gekennzeichnet ist, ist das Ergebnis zahlreicher Untersuchungen.⁵⁾ Daher scheint die Annahme genügend abgesichert, daß die nicht deutschsprechenden Minderheitsgruppen des Burgenlandes sich durch ein meßbares, gruppenspezifisches Wählerverhalten auszeichnen, wobei diese allgemeine Annahme nicht zur Annahme einer positiven oder negativen Korrelation des Anteils der Minderheit an der Wohnbevölkerung und des Anteils der für eine Großpartei abgegebenen, gültigen Stimmen konkretisiert wird. Allerdings erlaubt die programmatische deutschnationale Tradition der Freiheitlichen Partei⁶⁾ die konkrete Annahme, daß zwischen dem Anteil der für die FPÖ abgegebenen, gültigen Stimmen und dem Anteil der sprachlichen Minderheitsgruppen an der Wohnbevölkerung eine negative Korrelation besteht.

Ergänzend zu diesen Annahmen werden auch die anderen, für eine sozialpsychologische Determiniertheit des Wählerverhaltens grundsätzlich in Frage kommenden und erfaßten Variablen auf ihren Erklärungswert des Wählerverhaltens untersucht - so die Variablen Geschlecht und Alter.

Die institutionellen Determinanten

Als Indikator für den das Wählerverhalten mitbestimmenden Einfluß sozialer Institutionen wird das Parteiensystem des Burgenlandes gewertet. Der hohe Konzentrationsgrad des burgenländischen Parteiensystems und seine asymptotische Annäherung an den Idealtypus eines Zweiparteiensystems erlauben bestimmte Annahmen zur Typologie der burgenländischen Parteien und damit auch zu ihrer Wählerstruktur.

In der Politikwissenschaft wird die Auffassung vertreten, daß ein Zweiparteiensystem einen anderen Parteitypus fördert als ein Vielparteiensystem. Diese Auffassung kann auf den vereinfachenden Nenner gebracht werden, daß einem Zweiparteiensystem eher der Typus der Integrations- und Volkspartei, einem Vielparteiensystem hingegen eher der Typus der Klassenpartei entspricht.⁷⁾ Nimmt man nun an, daß der Typus einer Klassenpartei sich im Vorherrschen der sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens ausdrückt, so muß der Trend zum Zweiparteiensystem mit dem Erklärungswert sozioökonomischer Determinanten negativ korreliert sein: Je deutlicher ein Parteiensystem zum Zweiparteiensystem wird, desto schwächer ist die sozioökonomische Determiniertheit des Wählerverhaltens.

Auf das Untersuchungsfeld des Burgenlandes übertragen, führt dies zu der konkreten Annahme, daß in dem beobachteten Zeitraum die sozioökonomische Determiniertheit des Wählerverhaltens abnimmt, die sozialpsychologische Determiniertheit, die die sozioökonomische gleichsam überlagert, damit aber zunimmt.

ANMERKUNGEN

- 1 Entsprechend den offiziellen Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.
- 2 So z.B. die Erhebungen des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES), Halbzeit im Burgenland, Band I und II, Dezember 1966, sowie Burgenland vor den Wahlen, Dezember 1967.
- 3 Zur Begriffsbildung vgl. Wandruszka, A., Österreichs politische Struktur, in: Geschichte der Republik Österreich (Hrsg. Benedikt, H.), Wien 1954.
- 4 Zur Begriffsbildung vgl. Bodzenta, E., Die Katholiken in Österreich, Wien 1962. Dazu auch die Untersuchung des Instituts für kirchliche Sozialforschung, Kirche am Eisernen Vorhang, Wien 1959.
- 5 So z.B. Key, V.O., Southern Politics in State and Nation, New York 1950, zum "rassisch" determinierten Wählerverhalten in den Südstaaten der USA.
- 6 Vgl. dazu Berchtold, K., (Hrsg.) Österreichische Parteiprogramme 1868 bis 1966, Wien 1967.
- 7 So Duverges, M., Die politischen Parteien, Tübingen 1959, vor allem S.222 ff., sowie Hermens, F.A., Verfassungslehre, Frankfurt und Bonn 1964, vor allem S.185 ff.

IV. DATEN UND METHODEN

Um die in den drei Hauptthesen angesprochenen Zusammenhänge mittels statistischer Analysen überprüfen zu können, standen hinsichtlich der die

- "sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens " ansprechenden und der die
- "sozialpsychologische Determiniertheit des Wählerverhaltens indirekt ausdrückenden" Variablen (diese beiden Variablengruppen werden in der Folge "Sozialdaten" genannt) nur die Volkszählungsergebnisse des Jahres 1951¹⁾ und 1961²⁾ zur Verfügung. Diese Gegebenheit bezüglich des Datenmaterials der wichtigsten Variablengruppen legte der gesamten Studie wesentliche Beschränkungen auf:
- als kleinste mögliche "analytische Einheit" bietet sich nur die Gemeinde, und zwar unabhängig von ihrer Größe - ausgedrückt durch die Einwohnerzahl - an;
- aus der Fülle der "Wahldaten" (d.h. der die Ergebnisse der seit 1945 im Burgenland stattgefundenen Urnengänge auf Gemeindeebene zusammenfassenden Stimmenanteile für die einzelnen jeweils aufgetretenen, wahlwerbenden Parteien) konnten im Rahmen einer exakten Untersuchung - d.h. unter Verzicht auf theoretisch zwar mögliche, aber letztlich unexakte Interpolationen hinsichtlich der "Sozialdaten" - nur die beiden, den einzelnen Volkszählungszeitpunkten jeweils nächstgelegenen, Wahldaten, nämlich die der Nationalratswahl 1949³⁾ und der Nationalratswahl 1962⁴⁾ herangezogen werden; die wohl interessanten, aber einerseits nur für den Zeitpunkt 1961/62 vorhandenen Daten bezüglich des Pendlerwesens⁵⁾ und andererseits nur auf Pfarrebene vorliegenden Daten bezüglich der "praktizierenden Katholiken" konnten in diese Studie nur am Rande - in Form von Exkursen - einbezogen werden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Vergleichbarkeit sowohl in territorialer Hinsicht (etwaige Untersuchungen ähnlicher Art über andere Bundesländer) als auch in zeitlicher Hinsicht (bezüglich etwaiger, zukünftiger Untersuchungszeiträume, z.B. 1970/71) offen gehalten werden sollte.

Auf Grund dieser Gegebenheiten und Beschränkungen ergab sich zunächst die Aufstellung zweier "Rohdatenmatrizen", und zwar eine für den Zeitraum 1949/51 und eine für den Zeitraum 1961/62, deren analytische Einheiten 319 Gemeinden des Burgenlandes bilden. Bei diesen lagen in beiden Zeiträumen die gleichen administrativen Grundverhältnisse (also keine Gemeindezusammenlegungen, etc.) vor; deren Variablen bildeten jene Sozialdaten und Wahldaten, die zuvor angeführt wurden.

Sodann wurden diese beiden Rohdatenmatrizen hinsichtlich der folgenden sozialwissenschaftlichen Anforderungen⁶⁾ im Detail überprüft:

- Vergleichbarkeit
- theoretische Vollständigkeit
- empirische Vollständigkeit
- Intra-Subjektivität
- Inter-Subjektivität
- Validität.

Nachdem die für eine Untersuchung des Wählerverhaltens möglichen Daten durch die zuvor ausgeführten Beschränkungen auf den Rahmen der beiden Rohdatenmatrizen eingeengt wurden, können für diese somit zur statistischen Analyse herangezogenen Daten die oben angeführten sozialwissenschaftlichen Anforderungen als erfüllt betrachtet werden. Dies unter der Annahme, daß sowohl die amtlich ausgewiesenen Volkszählungsergebnisse als auch die von den Wahlbehörden veröffentlichten Wahlergebnisse hinsichtlich der Klassifizierung sowie hinsichtlich der konkreten Zahlen nur Fehlerschwankungen aufweisen, die als "quantité negligeable" unbeachtet bleiben können. Allerdings war die Operationalisierung der "sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens" als auch der "sozialpsychologischen Brechung der sozioökonomischen Determiniertheit" und der "institutionellen Bedingungen" nur im Rahmen der vorliegenden Rohdatenmatrix möglich, sodaß die Validität aller mit eben diesen Daten gewonnenen Aussagen einer grundsätzlichen Kritik zugänglich ist; so mußten z.B. für die sozioökonomische Determiniertheit die Einkommens-

verhältnisse, und bezüglich der sozialpsychologischen Wirkung milieu-charakterisierende Daten, etc. unberücksichtigt bleiben. Ein diesbezüglicher Aufwand in der Datenerhebung war jedoch im Rahmen der ökonomischen Bedingungen dieser Studie nicht durchführbar.

Nachdem mit Hilfe einer elektronischen Rechenanlage⁷⁾ einige statistische Analysen (Kreuztabellierungen, Korrelationsanalysen, Regressionsanalysen) mit den absoluten Variablenwerten durchgeführt wurden, ergab sich, daß die Größe der analytischen Einheit, also die Einwohnerzahl der Gemeinde, mit allen anderen Variablen derart hoch korrelierte, daß die für die zu untersuchenden Hypothesen relevanten Zusammenhänge in einem Maße verschleiert wurden, daß weitere Schlußfolgerungen unmöglich waren. Daher wurden in der Folge nur mehr die durch die Division mit der Einwohnerzahl (bei allen Sozialdaten), bzw. durch die Division mit der Anzahl der Wahlberechtigten pro Gemeinde (bei allen Wahldaten) relativierten Variablenwerte zu weiteren Analysen herangezogen (siehe Variablenliste 1 und 2, Seite 37 und Seite 39). Diese Umrechnung erbrachte ungefähr denselben Effekt wie die "Auspartialisierung" der Einwohnerzahl aus den Korrelationen mit den absoluten Variablenwerten .

Auf Grund der Tatsache, daß für eine exakte Analyse letztlich nur Daten aus zwei Zeitbereichen (1949/51 und 1961/62) zur Verfügung standen, sind alle Schlußfolgerungen über zeitliche Entwicklungen nicht als exakte Trendschätzungen, sondern als auf Grund statistischer Analysen formulierbare "Vermutungen" aufzufassen.

Die durchgeführten statistischen Analysen⁸⁾, die den in den folgenden Kapiteln formulierten Aussagen, Interpretationen und Schlußfolgerungen zu Grunde gelegt wurden, waren Korrelationen und Faktorenanalysen. Obwohl auch Versuche unternommen wurden, lineare Beziehungen zwischen den Sozialdaten und den Wahldaten zu schätzen (Regressionen), sowie kanonische Korrelationen und Varianzanalysen auf das vorhandene Datenmaterial anzusetzen, so waren diese Versuche jedoch hinsichtlich ihres Aussagewertes bzw. ihrer Interpretierbarkeit im Rahmen der vorange-

stellten Haupthypothesen so unergiebig, daß sie aus der Reihe der weiter zu verfolgenden, statistischen Operationen ausgeschieden wurden.

Was die Methoden der Korrelationsstatistik betrifft, so wurden zunächst hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen den einzelnen Variablen über die Gesamtpopulation der vorliegenden analytischen Einheiten Untersuchungen durchgeführt. Danach wurden jedoch hinsichtlich jener Variablen, wo theoretische Erwägungen über den Untersuchungsgegenstand eine für die im Sinne der Haupthypothesen relevanten Zusammenhänge nicht mehr tolerierbare Inhomogenität der Gesamtpopulation vermuten ließen, die auf Grund dieser theoretischen Erwägungen - also nicht auf Grund statistischer Kriterien - gebildeten Untergruppen jeweils getrennt untersucht. Die Ergebnisse bestätigten im Falle der Teilung der burgenländischen Gemeinden in solche, die dem nördlichen Bereich und solche, die dem südlichen Bereich zugehören, die diesbezügliche theoretische Vermutung und rechtfertigten so diese Vorgangsweise im nachhinein.

Bei der faktorenanalytischen⁹⁾ Untersuchung (die Rotation erfolgte nach dem "Varimax-Algorithmus") wurden, bei Unterdrückung aller Eigenwerte unter 0,8, aus 19 Variablen 9 Faktoren extrahiert, die zusammen 83 % der Varianz erklären. (Es wurden aus der Variablenliste (Seite 37) die Variablen Nr. 2,3,4,5,6,10,13,14,15,16,17,18,19,20,21,22,23,24 und 25 herangezogen). Wie in den folgenden Kapiteln dargestellt, waren davon auf Grund der ladenden Variablen 4 Faktoren gut interpretierbar.

ANMERKUNGEN

- 1 Österreichisches Statistisches Zentralamt: Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Juni 1951 nach Gemeinden.
Burgenland: 1. Volkszählungsergebnisse 1951 - Heft 3, Wien 1952
2. Die sprachliche Gliederung nach den Eintragungen in den Haushaltsbogen. Wien 1952
- 2 Österreichisches Statistisches Zentralamt: Ergebnisse der Volkszählung vom 21. März 1961.
Burgenland: Heft 2, Hauptergebnisse nach Gemeinden.
- 3 Österreichisches Statistisches Zentralamt: Die Nationalratswahlen vom 9. Okt. 1949, Wien 1950
- 4 Österreichisches Statistisches Zentralamt: Die Nationalratswahlen vom 18. November 1962, Wien 1962
- 5 Österreichisches Statistisches Zentralamt: Burgenland Pendler 1961
- 6 Galtung, Johan, Theory and Methods of Social Research. Oslo, 2. Aufl., 1969
- 7 Die Rechenoperationen wurden im Rechenzentrum des Instituts für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, Wien, durchgeführt.
- 8 Anderson, T.W.: "An Introduction to multivariate Statistical Analysis" New York, 1958
Edwards, Allen L., "Statistical Analysis", 1965
Johnston, J.: "Econometric Methods", New York, 1963
- 9 Capecchi, V. & Galli, G.: "Determinants of Voting Behavior in Italy: A Linear Causal Model of Analysis", in: Dogan, M. (ed.) & Rokkan, S. (ed.): Quantitative ecological analysis in the social sciences. Cambridge, Mass., 1969, S. 235 - 283

V. ERGEBNISSE UND INTERPRETATIONEN

1. Ergebnisse in Tabellenform

VARIABLENLISTE

Nr. Beschreibung	Verteilungstyp	Relative Werte Nr.62/VZ 61			
		Mittel %	Std.Abw. %	Min. %	Max. %
1 Wahlberechtigte (Wb)/ Wohnbevölkerung (Wo)	normal	64.8	5.0	45.5	100.0
2 VP/Wb	"	49.8	16.3	14.8	96.2
3 SP/Wb	annähernd normal	38.7	15.8	0	78.1
4 FP/Wb	stark schief	3.2	3.7	0	19.8
5 KP/Wb	nur 5 % besetzt	0.6	0.1	0	8.2
6 Anzahl Haushalte/Fläche		2.61	9.76	2.6	17.2
7 Wo/Anz. Haushalte		3.91	0.54	2.65	5.96
8 männl. Bewohner/Wo	normal	48.5	2.2	42.9	60.4
9 weibl. Bewohner/Wo	"	51.5	2.2	39.6	57.0
10 unter 14/Wo	"	24.8	3.4	16.7	36.8
11 14-18/Wo	stark schief	4.5	1.3	0.9	9.7
12 19-65/Wo	normal	59.5	3.1	47.8	68.8
13 über 65/Wo	normal	11.1	2.5	4.4	18.8
14 r.k./Wo	stark schief	84.2	28.2	2.5	100.0
15 ev./Wo	"	15.6	2.8	0	97.4
16 o. B. /Wo	"	0.1	0.4	0	5.5
17 Land-u. Forstwi./Wo	normal	41.7	17.9	3.3	81.9
18 Industrie u. Gewerbe- Hotel/Wo	"	31.6	12.9	1.5	62.3
19 Hotel/Wo	stark schief	1.6	1.5	0	20.6
20 Handel u. Verkehr/Wo	schief	4.8	3.3	0	25.4
21 Freie Berufe/Wo	schief	2.1	1.7	0	16.6
22 Öffentl. Dienst/Wo	"	2.8	3.5	0	31.5
23 Haushalt/Wo	nur 5 % besetzt	0.7	0.6	0	4.4
24 Pensionisten/Wo	normal	15.5	4.2	3.1	30.7
25 ohne Beruf/Wo	nur 5 % besetzt	0.2	0.4	0	4.4

Nr.	Beschreibung	Verteilungstyp	Mittel %	Std.Abw. %	Min. %	Max. %
26	Berufstätige insges./Wo	normal	51.4	6.7	33.1	70.4
27	Deutsche/Wo	stark schief	87.5	27.7	0.7	100.0
28	Kroaten/Wo	" "	10.5	26.6	0	98.9
29	Magyaren/Wo	" "	1.1	7.6	0	87.8
30	Einpendler/Wo	schief	3.5	9.3	0	142.9
31	Auspendler/Wo	normal	13.9	5.4	2.8	29.8
32	Ausp.in eig.Bez./Wo	schief	2.8	3.4	0	18.1
33	ins andere Bgld./Wo	stark schief	0.2	0.7	0	5.1
34	nach Wien/Wo	schief	4.5	3.9	0	15.7
35	nach NO oder Stmk/Wo	stark schief	1.2	2.3	0	13.5

VARIABLENLISTE

Nr.Bezeichnung	Verteilung	Mittel	Standard- abweichg.	Relative Werte	
				NR 49/	VZ 51
		%	%	Min.	Max.
				%	%
1 Wahlb/Wo.	normal	61.6	5.9	43.6	91.0
2 VP/Wb.	"	55.5	17.8	16.6	97.3
3 SP/Wb.	näherungsweise normal	35.5	15.9	0	69.6
4 FP/Wb.	stark schief	3.7	6.6	0	38.4
5 KP/Wb.	stark schief	1.8	2.9	0	21.4
6 Haush./Fl.		2.07	21.7	0.3	27.6
7 Pers./Hh.		4.08	55.5	2.8	5.7
8 männl.Bev./Wo	normal	48.0	2.1	41.8	57.9
9 weibl.Bev./Wo	"	51.9	2.3	38.7	58.1
10 unter 14/Wo	normal	22.7	3.5	10.4	36.4
11 14-18/Wo	schief	6.9	1.7	3.3	12.7
12 19-65/Wo	normal	60.1	3.7	46.7	70.5
13 über 65/Wo	schief	10.1	2.2	3.8	17.0
14 r.k./Wo	schief	84.3	2.8	0	100.0
15 ev./Wo	schief	15.4	2.8	0	100.0
16 o.B./Wo	nur < 5 %	0.1	0.3	0	3.3
17 Luf/Wo	normal	55.4	19.8	6.2	92.30
18 IuG/Wo	leicht schief	23.6	13.2	1.2	68.5
19 fehlt für 1951	/	/	/	/	/
20 HuV/Wo	schief	3.6	3.3	0	30.3
21 F.B./Wo	schief	1.5	1.4	0	13.1
22 Ö.D./Wo	schief	2.3	2.8	0	22.0
23 Haush./Wo	schief	11.2	1.0	0	5.3
24 fehlt für 1951	/	/	/	/	/
25 fehlt für 1951	/	/	/	/	/
26 Berufstät. insges./Wo	normal	58.1	8.3	34.8	81.8
27 Deutsche/Wo	schief	90.0	58.5	1.8	100.0
28 Kroaten/Wo	schief	11.3	28.0	0	98.2
29 Magyaren/Wo	schief	1.0	5.7	0	79.7
30 - 35 fehlt für 1951	/	/	/	/	/

Produktmoment-Korrelationen NR 49/VZ 51 Daten nach Liste 2

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
1																																						
2																																						
3																																						
4																																						
5																																						
6																																						
7																																						
8																																						
9																																						
10																																						
11																																						
12																																						
13																																						
14																																						
15																																						
16																																						
17																																						
18																																						
19																																						
20																																						
21																																						
22																																						
23																																						
24																																						
25																																						
26																																						
27																																						
28																																						
29																																						
30																																						
31																																						
32																																						
33																																						
34																																						
35														</																								

Das obere Dreieck enthält nur die signifikant von Null verschiedenen Werte.

Produktmoment-Korrelationen NR 62/VZ 61 Daten nach Liste 2

(auf 2 Stellen gerundet).

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
1	-26	28	/	/	/	-56	17	17	-68	-21	58	32	/	/	15	-32	23	22	20	18	17	/	22	/	/	/	/	/	17	16	/	16	18	/	/	/	/
2	-26	-94	-21	-33	/	43	/	/	15	/	-19	26	-25	-23	63	-67	/	-23	/	/	/	-35	/	45	/	/	/	/	-58	-17	-22	-46	-30	50	52	/	/
3	28	-94	/	30	/	-46	/	/	-16	/	16	/	-17	16	20	-71	75	/	26	/	/	43	/	-55	/	/	/	/	64	19	25	55	29	-56	59	/	/
4	9	-21	-2	/	/	/	/	/	/	/	/	-47	47	/	/	/	22	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
5	13	-33	30	4	/	-33	/	/	/	/	/	/	/	34	-35	26	/	33	/	20	/	17	/	-26	-15	/	/	15	/	20	/	-24	-15	/	/	/	
6	3	-9	13	-2	4	/	/	/	/	/	/	/	/	-18	/	/	16	/	/	/	/	-19	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	-18	/	/	
7	-56	43	-46	-2	-33	-12	29	-29	49	16	-36	-30	/	-25	60	-37	-50	-36	-33	/	-55	-20	44	26	-21	-15	-19	-23	-10	-24	-28	-24	44	23	/	/	
8	-17	-2	-2	4	-9	-5	29	-100	/	/	-24	/	/	/	/	/	/	/	/	-22	/	20	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	20	/	/	
9	17	2	2	-4	9	+5	-25	-100	/	/	24	/	/	/	/	/	/	/	/	22	/	20	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	-20	/	/		
10	-68	15	-16	-1	-12	49	9	-9	/	/	-71	-44	/	-21	17	/	/	/	/	-17	-40	/	-15	29	-28	/	-18	/	-15	-18	/	/	/	/	/	/	
11	-21	-1	5	11	1	16	14	-14	-6	/	-28	/	/	/	/	/	/	/	/	24	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
12	58	-19	16	6	9	-5	-36	4	-4	-71	-12	-21	/	17	/	/	15	/	/	/	/	26	-18	17	/	17	/	15	/	24	/	/	/	/	/	/	
13	32	3	3	-9	-1	5	-30	-24	24	-44	-28	-21	/	/	/	/	/	/	/	57	/	-20	-21	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
14	-6	26	-17	-47	1	3	-13	-12	12	3	-8	-1	2	-100	/	-17	/	/	/	/	/	-18	21	/	/	/	/	-24	/	/	/	/	/	/	/	/	/
15	6	-25	16	47	-2	-4	13	12	-12	-3	8	1	-2	-100	/	17	/	/	/	/	/	18	-21	/	/	/	/	24	/	/	/	/	/	/	/	/	/
16	15	-23	20	10	34	12	-25	-10	10	-21	11	17	3	-9	8	-27	19	/	24	16	18	/	18	/	/	/	23	/	/	/	/	23	/	/	/	/	
17	-22	63	-71	-1	-35	-18	60	14	-14	17	-6	-10	-8	5	-5	-27	-88	/	-57	-41	40	/	-57	-19	80	/	-27	-62	-24	-28	-54	-33	75	57	/	/	
18	23	-67	75	-2	26	13	-37	-7	7	7	-2	5	-6	-14	14	19	-88	/	28	/	33	/	-64	/	/	16	75	31	22	55	33	-61	-66	/	/		
19	22	-1	-2	-22	6	-5	4	-2	2	1	12	/	-7	-17	2	-5	6	/	16	/	/	/	/	/	/	20	/	/	/	/	/	/	/	15	/	/	
20	20	-23	26	10	33	8	-50	-11	11	-14	5	15	-2	4	-5	24	-57	28	3	46	43	/	24	/	-44	/	18	27	16	/	18	21	25	-39	/	/	
21	18	-3	4	13	12	9	-36	-10	10	-13	5	10	3	-6	6	16	-41	12	16	46	46	/	18	/	-30	/	28	/	/	/	/	27	/	/	/		
22	17	-9	9	7	20	16	-33	-2	2	-9	11	13	-8	5	-6	18	-40	7	6	43	46	/	/	-31	/	33	/	/	/	/	/	-28	17	/	/		
23	-13	5	-3	-8	12	/	2	-8	8	-17	24	6	4	7	-7	-7	-9	11	3	6	9	6	/	/	-21	20	/	/	/	/	19	/	/	/	/		
24	32	-35	43	-5	17	13	-55	-22	22	-40	-7	57	11	-11	18	-57	33	-5	24	18	14	3	/	67	-23	23	/	25	/	41	/	-65	-47	/	/		
25	10	-4	7	-3	8	2	-20	-2	2	/	-5	-5	8	-6	-6	2	-19	14	-9	13	8	10	-2	8	19	/	/	/	/	/	/	21	-17	/	/		
26	-6	45	-55	4	-26	-19	44	20	-20	-15	3	26	-13	-9	9	-11	80	-64	5	-44	-30	-31	-3	-67	-19	/	/	-17	-36	/	-16	-19	-16	95	65		
27	-14	7	-11	22	-15	2	26	-2	2	29	4	-18	-20	-18	18	1	5	3	1	-6	2	2	-21	-23	4	/	-95	-26	/	/	/	-29	/	/	/		
28	12	-6	10	-24	13	-2	-21	/	/	-28	7	17	21	21	-2	-2	-4	-1	/	-7	-4	20	23	-5	1	-95	/	/	/	/	29	/	/	-98	/		
29	1	-2	2	1	4	/	-15	11	-11	-3	-8	3	-5	-7	+7	/	-5	15	1	18	14	8	9	-6	-1	+1	-26	-2	/	/	/	/	/	/	/		
30	17	-13	13	5	12	4	-19	6	-6	-4	5	9	-9	-12	11	23	-27	16	20	27	28	33	-3	6	5	-17	4	-7	10	/	/	/	-15	-35			
31	16	-58	64	-11	19	8	-23	3	-3	-18	9	17	-1	-9	9	11	-62	75	1	16	-7	-7	14	25	5	-36	-12	13	-2	14	37	25	58	42	-39	-76	
32	6	-17	15	10	12	-1	-10	-2	2	1	4	5	-10	-24	24	10	-24	21	1	8	3	1	-6	/	-4	-14	-4	3	6	-7	39	/	/	/	-29	/	
33	16	-22	25	-5	7	5	-24	-7	7	-12	-12	15	5	7	-7	5	-25	22	-6	18	8	14	1	12	5	-16	2	-2	-2	25	-9	/	24	-18	-21		
34	18	-46	55	-13	20	13	-28	-6	6	-15	-4	8	12	8	-7	-1	-54	55	-8	21	-4	2	19	41	-3	-47	29	29	/	46	58	-9	12	/	-45	-59	
35	10	-20	29	/	12	6	-24	-6	6	-8	2	10	-2	6	-6	23	-33	33	-2	25	5	6	-8	10	21	-16	8	-8	-6	3	42	-8	24	3	-16	-26	
36	-2	50	-56	6	-24	-18	44	20	-20	-18	2	24	-6	13	13	-4	75	-61	4	-39	-27	-28	/	-65	-17	95	4	-3	2	-15	-34	-12	-15	-45	-16	68	
37	4	52	-59	14	-15	-12	23	11	-11	-9	4	14	-7	-6	6	5	57	-66	15	-9	11	17	-6	-47	-7	65	11	-15	11	35	-76	-29	-21	-99	-26	-68	

Mit 99% Wahrscheinlichkeit signifikant von Null verschieden sind

Werte mit $|r| > 14.5$.

Das obere Dreieck enthält nur signifikant von Null verschiedene Werte.

2. Interpretationen

Österreichische Volkspartei

Zu beiden oder zumindest Zu einem der beiden Zeitpunkte (Volkszählung 1951, Nationalratswahl 1949 Volkszählung 1961, Nationalratswahl 1962) korrelieren folgende Variablen mit dem Stimmenanteil der ÖVP mit von Null signifikant verschiedenen Worten:

Stimmenanteile von SPÖ, FPÖ, KPÖ (Variablen 3, 4 und 5 der Variablenliste), Personen pro Haushalt (Variable 7), Bevölkerungsanteile der unter 14-, zwischen 14- und 18-, zwischen 19- und 65-Jährigen (Variablen 10, 11, 12), Anteile der Katholiken, der Evangelischen, der Konfessionslosen (Variablen 14, 15, 16), Anteile der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Land- und Forstwirtschaft, zu Industrie und Gewerbe, zu Handel und Verkehr (Variablen 17, 18, 20), Anteile der Pensionisten und der Berufstätigen insgesamt (Variablen 24, 26), Anteile der Auspendler insgesamt sowie der Auspendler in den eigenen Bezirken, in das übrige Burgenland, nach Wien sowie nach Niederösterreich oder Steiermark (Variablen 31, 32, 33, 34, 35).

Ein Teil dieser Variablen bietet entweder nur selbstverständliche Erklärungen (Variablen 3, 4, 5) oder überschneidet sich mit den die wirtschaftliche Zugehörigkeit ausweisenden Variablen (Variablen 7, 24, 26). Nach Ausscheidung dieser Variablen ergibt sich folgende Aufstellung:

Zeitpunkt 1:

ÖVP korreliert positiv mit

Variablen	Wert
1.) Luf-Anteil (Variable 17)	55
2.) r.k.-Anteil (Variable 14)	37
3.) Anteil der 14 - 18-Jährigen (Variable 11)	23

ÖVP korreliert negativ mit

Variablen	Wert
1.) IuG-Anteil (Variable 18)	- 58
2.) ev.-Anteil (Variable 15)	- 37
3.) HuV-Anteil (Variable 20)	- 25
4.) Anteil der Konfessionslosen (Variable 16)	- 22
5.) Anteil der 19 - 65-Jährigen (Variable 12)	- 20

Zeitpunkt 2:

ÖVP korreliert positiv mit

Variablen	Wert
1.) Luf-Anteil (Variable 17)	63
2.) r.k.-Anteil (Variable 24)	26
3.) Anteil der unter 14-Jährigen (Variable 10)	15

ÖVP korreliert negativ mit

Variablen	Wert
1.) IuG-Anteil (Variable 18)	- 67
2.) Anteil der Auspendler (Variable 31)	- 58
davon: nach Wien (Variable 34)	- 46
nach Stmk., NO (Variable 35)	- 30
ins übrige Bgld. (Variable 33)	- 22
in den eigenen Bezirk (Variable 32)	- 17
3.) ev.-Anteil (Variable 15)	- 25
4.) HuV-Anteil (Variable 20)	- 23
5.) Anteil der Konfessionslosen (Variable 16)	- 23
6.) Anteil der 19 - 65-Jährigen (Variable 12)	- 19

Die Anteile der wirtschaftlich zur Land- und Forstwirtschaft sowie zu Industrie und Gewerbe Zugehörigen erklären am stärksten den Stimmenanteil der ÖVP in positiver und in negativer Hinsicht. Die Erklärungsstärke dieser Variablen nimmt im untersuchten Zeitraum deutlich zu, während die Erklärungsstärke der anderen Variablen entweder deutlich abnimmt (wie etwa die konfessionellen Variablen 14 und 15) oder zumindest stagniert und damit in Relation zu den Variablen 17 und 18 ebenfalls abnimmt.

Sozialistische Partei Österreichs

Zu beiden oder zumindest zu einem der beiden Zeitpunkte korrelieren folgende Variablen mit dem Stimmenanteil der SPÖ mit von Null signifikant verschiedenen Werten:

Stimmenanteile von ÖVP, KPÖ (Variablen 2, 5), Haushaltsdichte (Variable 6), Personen pro Haushalt (Variable 7), Bevölkerungsanteile der unter 14-, zwischen 14- und 18-, zwischen 19- und 65-Jährigen (Variablen 10, 11, 12), Anteile der Katholiken, der Evangelischen, der Konfessionslosen (Variablen 14, 15, 16), Anteile der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Land- und Forstwirtschaft, zu Industrie und Gewerbe, zu Handel und Verkehr (Variablen 17, 18, 20), Anteile der Pensionisten und der Berufstätigen insgesamt (Variablen 24, 26), Anteile der Deutsch- und der Kroatischsprechenden (Variablen 27, 18), Anteile der Auspendler insgesamt sowie der Auspendler in den eigenen Bezirk, in das übrige Burgenland, nach Wien und nach Niederösterreich oder Steiermark (Variablen 31, 32, 33, 34, 35).

Ein Teil dieser Variablen wird im folgenden abermals trotz ihres formal signifikanten, inhaltlich aber bedeutungslosen Erklärungswertes nicht mehr berücksichtigt (Variablen 2, 5, 6, 7, 24, 26). Es ergibt sich danach folgende Aufstellung:

Zeitpunkt 1:

SPÖ korreliert positiv mit

Variablen	Wert
1.) IuG-Anteil (Variable 18)	64
2.) HuV-Anteil (Variable 20)	24
3.) Anteil der 19 - 65-Jährigen (Variable 12)	23
4.) Anteil der Kroatischsprechenden (Variable 28)	18

SPÖ korreliert negativ mit

Variablen	Wert
1.) Luf-Anteil (Variable 17)	- 60
2.) Anteil der 14- 18-Jährigen (Variable 11)	- 23
3.) Anteil der Deutschsprechenden (Variable 27)	- 15

Zeitpunkt 2:

SPÖ korreliert positiv mit

Variablen	Wert
1.) LuG-Anteil (Variable 18)	75
2.) Anteil der Auspendler (Variable 31)	64
davon: nach Wien (Variable 34)	55
nach Stmk, NO. (Variable 35)	29
ins übrige Bgld. (Variable 33)	25
in den eigenen Bezirk (Variable 32)	19
3.) HuV-Anteil (Variable 20)	26
4.) Anteil der Konfessionslosen (Variable 16)	20
5.) Anteil der 19 - 65-Jährigen (Variable 12)	16
6.) ev.-Anteil (Variable 15)	16

SPÖ korreliert negativ mit

Variablen	Wert
1.) Luf-Anteil (Variable 17)	- 71
2.) r.k.-Anteil (Variable 14)	- 17
3.) Anteil der unter 14-Jährigen (Variable 10)	- 16

Auch bei der SPÖ nehmen die Anteile der wirtschaftlich zur Land- und Forstwirtschaft sowie zu Industrie und Gewerbe Zugehörigen im untersuchten Zeitraum an Erklärungswert deutlich zu, der Abstand gegenüber den anderen, signifikant erklärenden Variablen ist noch deutlicher als bei der ÖVP. So sind die negativ korrelierenden Variablen zum Zeitpunkt 2 mit Ausnahme des Luf-Anteils kaum über der Signifikanzgrenze von 14,5. Die Auspendler, die - ergänzend die wirtschaftliche Zugehörigkeit ausweisenden Variablen - zusätzliche Erklärungswerte liefern, zeigen bei ÖVP und SPÖ ein klares Bild: Je größer der Abstand zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort des Auspendlers, desto deutlicher ist die positive Korrelation mit dem Anteil der SPÖ und die negative Korrelation mit dem Anteil der ÖVP.

Freiheitliche Partei Österreichs (Verband der Unabhängigen)

Wegen der stark schiefen Verteilung der Stimmenanteile der FPÖ (bzw. des VdU) müssen die Korrelations-Koeffizienten grundsätzlich vorsichtig beurteilt werden. Mit dem Stimmenanteil der FPÖ (des VdU) korrelieren zumindest zu einem der beiden Zeitpunkte folgende Variablen mit von Null signifikant verschiedenen Werten:

Stimmenanteil der OVP (Variable 2), Anteile der Katholiken, der Evangelischen, der Konfessionslosen (Variablen 14, 15, 16), Anteil der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zum Hotel- und Gastgewerbe (Variable 19), Anteile der Deutsch- und der Kroatisch-sprechenden (Variablen 27, 28). Nach Ausschaltung der für die inhaltliche Interpretation bedeutungslosen Variablen (2), ergibt sich folgende Aufstellung:

Zeitpunkt 1:

FPÖ korreliert positiv mit:

Variablen	Wert
1.) ev.-Anteil (Variable 15)	56
2.) Anteil der Konfessionslosen (Variable 16)	19

FPÖ korreliert negativ mit:

Variablen	Wert
1.) r.k.-Anteil (Variable 14)	- 56
2.) Anteil der Kroatischsprechenden (Variable 28)	- 19

Zeitpunkt 2:

FPÖ korreliert positiv mit:

Variablen	Wert
1.) ev.-Anteil (Variable 15)	47
2.) Hotel- und Gastgewerbe-Anteil (Variable 19)	22
3.) Anteil der Deutschsprechenden (Variable 27)	22

FPÖ korreliert negativ mit:

Variablen	Wert
1.) r.k.-Anteil (Variable 14)	- 47
2.) Anteil der Kroatischsprechenden (Variable 28)	- 24

Den für den Stimmenanteil der FPÖ (des VdU) mit Abstand stärksten Erklärungswert besitzen die die konfessionelle Zugehörigkeit ausweisenden Variablen, wobei sowohl die positive Korrelation mit dem Anteil der Evangelischen, als auch die negative Korrelation mit dem Anteil der Katholiken im untersuchten Zeitraum etwas abnehmen. Der Erklärungswert der die sprachliche Zugehörigkeit ausweisenden Variablen - positive Korrelation mit dem Anteil der Deutschsprechenden, negative Korrelation mit dem Anteil der Kroatischsprechenden - hat hingegen etwas zugenommen. In deutlichem Gegensatz zu den Stimmenanteilen der ÖVP und der SPÖ besitzen die die wirtschaftliche Zugehörigkeit ausweisenden Variablen keinen oder nur einen relativ geringen Erklärungswert (Variable 19).

Kommunistische Partei Österreichs

Wie bei der FPÖ müssen auch bei der KPÖ wegen der schiefen Verteilung der Stimmenanteile die Korrelations-Koeffizienten vorsichtig interpretiert werden. Mit den Stimmenanteilen der KPÖ korrelieren zumindest zu einem der beiden Zeitpunkte folgende Variablen mit von Null signifikant verschiedenen Werten:

Stimmenanteile von ÖVP, SPÖ (Variablen 2, 3) Haushaltsdichte (Variable 6), Personen pro Haushalt (Variable 7), Bevölkerungsanteile der 14- bis 18-, 19- bis 65- und der über 65-Jährigen (Variablen 11, 12, 13), Anteil der Konfessionslosen (Variable 16), Anteile der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Land- und Forstwirtschaft, zu Industrie und Gewerbe, zu Handel und Verkehr, zu den öffentlichen Diensten (Variablen 17, 18, 20, 22), Anteile der Pensionisten und der Berufstätigen insgesamt (Variablen 24, 26), Anteil in Deutschsprechenden (Variable 27), Anteile der Auspendler insgesamt sowie der Auspendler nach Wien (Variablen 31, 34).

Nach Ausschaltung der für die inhaltliche Interpretation bedeutungslosen Variablen (2, 3, 6, 7, 24, 26) ergibt sich folgende Aufstellung:

Zeitpunkt 1:

KPO korreliert positiv mit

Variablen	Wert
1.) IuG-Anteil (Variable 18)	33
2.) HuV-Anteil (Variable 20)	31
3.) Anteil der 19 - 65-Jährigen (Variable 12)	20
4.) Anteil der Konfessionslosen (Variable 16)	18

KPO korreliert negativ mit

Variablen	Wert
1.) Luf-Anteil (Variable 17)	- 38
2.) Anteil der über 65-Jährigen (Variable 13)	- 18
3.) Anteil der 14 - 18-Jährigen (Variable 11)	- 17

Zeitpunkt 2:

KPO korreliert positiv mit

Variablen	Wert
1.) Anteil der Konfessionslosen (Variable 16)	34
2.) HuV-Anteil (Variable 20)	33
3.) IuG-Anteil (Variable 18)	26
4.) Öffentlicher Dienst-Anteil (Variable 22)	20
5.) Anteil der Auspendler (Variable 31)	19
davon: nach Wien (Variable 34)	20

KPO korreliert negativ mit

Variablen	Wert
1.) Luf-Anteil (Variable 17)	- 35
2.) Anteil der Deutschsprechenden (Variable 27)	- 15

Der Erklärungswert der die wirtschaftliche Zugehörigkeit ausweisenden Variablen stagniert im untersuchten Zeitraum, während der Erklärungswert des Anteils der Konfessionslosen deutlich zunimmt. Während zum Zeitpunkt eins die nach ihrem Erklärungswert gereihten Korrelationskoeffizienten der KPO mit denen der SPÖ eine weitgehende Parallelität aufweisen, sind die Unterschiede zwischen KPO und SPÖ zum Zeitpunkt 2 bedeutend größer geworden.

Faktorenanalyse

Diese Ergebnisse werden durch eine Faktorenanalyse zusätzlich interpretiert. Es wurden 9 Faktoren extrahiert, von denen 4 gut interpretierbar sind. (Faktor der wirtschaftlichen Zugehörigkeit, Faktor der konfessionellen Zugehörigkeit, Zentralortsfaktor, Altersfaktor). Von diesen liefert der Faktor der wirtschaftlichen Zugehörigkeit die stärksten Erklärungswerte. Dieser Faktor teilt die Gesamtheit der Gemeinden in OVP-wählende Gemeinden mit prädominant landwirtschaftlicher Bevölkerung und in SPÖ-wählende Industriegemeinden. Die Koppelung ist zum Zeitpunkt 1 (Volkszählung 1951, Nationalratswahl 1949) geringfügig schwächer als zum Zeitpunkt 2 (Volkszählung 1961, Nationalratswahl 1962). Die Polarisierung der Gemeinden nach der Dimension OVP-Land- und Forstwirtschaft einerseits, SPÖ-Industrie und Gewerbe andererseits nimmt also im untersuchten Zeitraum zu.

Der Religionsfaktor, der die zweitstärksten Erklärungswerte liefert, nimmt hingegen im untersuchten Zeitraum an Bedeutung etwa ab. Am stärksten fällt die Koppelung FPÖ - evangelische Gemeinden ins Gewicht, weniger ausgeprägt ist die Koppelung OVP - katholische Gemeinden. SPÖ und KPÖ sind vom Religionsfaktor im wesentlichen nicht betroffen.

Vom Zentralortsfaktor, der positiv durch die Anteile der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Handel und Verkehr, zu den Freien Berufen und zu den Öffentlichen Diensten, negativ durch den Anteil der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Land- und Forstwirtschaft gebildet wird, werden OVP und SPÖ nicht, FPÖ (nur zum Zeitpunkt 2) und KPÖ (zu beiden Zeitpunkten) jedoch positiv betroffen.

Der Altersfaktor zeigt zum Zeitpunkt 1 eine geringfügige Koppelung zwischen dem Anteil der über 65-Jährigen und der KPÖ, zum Zeitpunkt 2 eine geringfügige Koppelung zwischen dem Anteil der über 65-Jährigen und der SPÖ. Weitere Erklärungen bietet der Altersfaktor nicht.

Aussagen zur sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens

Die sozioökonomische Schichtung der burgenländischen Bevölkerung, ausgewiesen durch deren wirtschaftliche Zugehörigkeit, liefert die mit Abstand stärksten Erklärungswerte mit - abgelesen im untersuchten Zeitraum - steigender Tendenz. Der positive Zusammenhang zwischen dem Anteil der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Industrie und Gewerbe sowie dem Stimmenanteil der SPÖ einerseits, zwischen dem Anteil der Bevölkerung mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zu Land- und Forstwirtschaft sowie dem Stimmenanteil der ÖVP andererseits nimmt zu. Eine Überprüfung zeigt, daß diese Tendenz unabhängig von regionalen Unterschieden vorherrscht:

korre- lierte Variablen (Anteile)	Norden		Süden		Burgenland	
	(Bezirke Neusiedl, Eisenstadt samt Statutarstädten, Mattersburg)		(Bezirke Oberpullen- dorf, Oberwart, Güssing, Jennersdorf)		(gesamt)	
	Zeitpunkt 1	Zeitpunkt 2	Zeitpunkt 1	Zeitpunkt 2	Zeitpunkt 1	Zeitpunkt 2
Luf+ÖVP	50	53	53	63	55	63
Luf+SPÖ	-56	-65	-59	-70	-60	-71
Luf+FPÖ	(14)	37	(6)	(-15)	(9)	(- 1)
Luf+KPÖ	(-20)	(-23)	-40	-32	-38	-35
IuG+ÖVP	-52	-54	-57	-69	-58	-67
IuG+SPÖ	63	67	63	76	64	75
IuG+FPÖ	(-20)	-36	(- 5)	(- 9)	(- 9)	(- 2)
IuG+KPÖ	(16)	(13)	41	28	33	26

Anmerkung: Die in Klammer gesetzten Werte sind nicht signifikant von Null verschieden (30, bzw. 17, bzw. 15)

Während bei den Großparteien die Tendenz zur sozioökonomischen Polarisierung einheitlich ist und auch bei der KPÖ nur relativ geringfügige regionale Unterschiede festgestellt werden können - der KPÖ-Anteil im Süden war vor allem zum Zeitpunkt 1 stärker sozioökonomisch polarisiert als der KPÖ-Anteil im Norden -, sind bei der FPÖ die regionalen Unterschiede sehr

deutlich: Im Süden ist im Bereich der nicht signifikanten Werte ein Trend zur positiven Korrelation zwischen FPÖ-Anteilen und IuG-Anteilen sowie zur negativen Korrelation zwischen FPÖ-Anteilen und Luf-Anteilen bemerkbar. Im Norden ist dieser Trend umgekehrt und auch viel deutlicher ausgeprägt. Das sozioökonomische Profil der FPÖ-Wählerschaft differiert demnach nach Norden und Süden, das sozioökonomische Profil der Wählerschaft der anderen Parteien ist hingegen regional homogen.

Diese Aussagen werden durch eine regionale Aufgliederung der Variable Anteil der Auspendler (Variable 31 der Variablenliste) erhärtet (nur zum Zeitpunkt 2, da zum Zeitpunkt 1 keine Daten verfügbar sind):

korrelierte Variablen (Anteile)	Norden	Süden	Burgenland
Auspendler+OVP	-51	-60	-58
Auspendler+SPÖ	67	64	64
Auspendler+FPÖ	-40	17	(-11)
Auspendler+KPÖ	(7)	21	19

Auch bei Abstimmung des sozioökonomischen Profiles der Wählerschaft auf den Faktor Anteil der Auspendler zeigt sich die Wählerschaft der Großparteien regional überaus homogen, die Wählerschaft der FPÖ hingegen regional heterogen. Im Norden ist das sozioökonomische Profil der FPÖ-Wählerschaft fast identisch mit dem sozioökonomischen Profil der OVP-Wählerschaft, im Süden nähert sich das sozioökonomische Profil der FPÖ-Wählerschaft hingegen stärker dem der SPÖ- und der KPÖ-Wählerschaft.

Zieht man die Ergebnisse der Wahlen in die Kammern für Arbeiter und Angestellte bzw. in die Kammern für Land- und Forstwirtschaft als Indikator für schichtenspezifisches, sozioökonomisch determiniertes Wählerverhalten heran, so erweist sich das Ausmaß an Polarisierung in OVP-wählende Agrarier und SPÖ-wählende, in Industrie und Gewerbe un-

selbständig Erwerbstätige im Burgenland als relativ gering: Die sozialistische Minderheitsfraktion (Arbeitsbauernbund) ist in keiner Landwirtschaftskammer so stark vertreten wie im Burgenland, die ÖVP-Minderheitsfraktion (ÖAAB) ist nur in Vorarlberg noch stärker vertreten als im Burgenland.¹⁾ Die burgenländischen Parteien finden in ihren spezifischen, sozioökonomisch bestimmten Kernbereichen somit noch relativ starke, zu gewinnende Zielgruppen vor. Diese Tatsache erlaubt, im Zusammenhang mit den oben ausgeführten Ergebnissen die Vermutung, daß die sozioökonomische Polarisierung der Wählerstruktur der Großparteien noch weiter zunehmen wird.

Aussagen zur sozialpsychologischen Determiniertheit des Wählerverhaltens

Die sprachliche Schichtung der burgenländischen Bevölkerung liefert kaum signifikante Erklärungswerte für das Wählerverhalten im Burgenland. Nur der FPÖ-Stimmenanteil korreliert deutlich positiv mit dem Anteil der Deutschsprechenden, negativ mit dem Anteil der Kroatischsprechenden. Eine Berücksichtigung der regionalen Unterschiede liefert jedoch auch bezüglich der Großparteien ein differenzierteres Bild:

korre- lierte Variablen (Anteile)	Norden		Süden		Burgenland	
	Zeitpunkt		Zeitpunkt		Zeitpunkt	
	1	2	1	2	1	2
Kroaten+ÖVP	-32	(-26)	(8)	(- 3)	(-10)	(- 6)
Kroaten+SPÖ	43	36	(10)	(2)	18	(10)
Kroaten+FPÖ	(-23)	(-27)	-18	-23	-19	-24
Kroaten+KPÖ	(15)	(18)	(4)	(9)	(10)	(13)

Im Gegensatz zur regionalen Homogenität des sozioökonomischen Profiles ihrer Wählerschaft ist das sprachliche Profil der Wählerschaft der beiden Großparteien regional sehr unterschiedlich: Während im Süden der Zusammenhang zwischen sprachlicher Schichtung und Präferenz zugunsten einer der beiden Großparteien nicht signifikant ist, existiert im Norden ein im

untersuchten Zeitraum zwar schwächer werdender, aber dennoch deutlich positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil der Kroatischsprechenden und dem Anteil der SPÖ-Stimmen. Diesem positiven Zusammenhang entspricht der ebenfalls schwächer werdende, negative Zusammenhang zwischen dem Anteil der Kroatischsprechenden und dem Anteil der ÖVP-Stimmen. Die sprachliche Wählerstruktur der Großparteien hat somit eine erkennbare Neigung zur Entpolarisierung zur Konvergenz.

Ein teilweise differenziertes Bild zeigt auch die regionale Aufschlüsselung des konfessionellen Profiles der burgenländischen Parteien:

korrelierte Variablen (Anteile)	Norden		Süden		Burgenland	
	Zeitpunkt		Zeitpunkt		Zeitpunkt	
	1	2	1	2	1	2
r.k.+ÖVP	(29)	(23)	43	31	37	26
r.k.+SPÖ	(8)	(9)	-21	-27	(-13)	-17
r.k.+FPÖ	-80	-75	-51	-42	-56	-47
r.k.+KPÖ	(- 7)	(-11)	-22	(- 1)	(- 8)	(1)
ev.+ÖVP	(-29)	(-21)	-43	-31	-37	-25
ev.+SPÖ	(- 8)	(-10)	21	27	13	16
ev.+FPÖ	80	75	51	42	56	47
ev.+KPÖ	(6)	(10)	21	(0)	(7)	(- 2)

Das konfessionelle Profil der Wählerschaft der kleineren Parteien ist regional homogen, das der Wählerschaft der Großparteien jedoch heterogen: Im Norden sind zwischen den Stimmenanteilen der Großparteien und der konfessionellen Struktur der Wählerschaft keine von Null signifikant verschiedene Werte festzustellen, das konfessionelle Profil der beiden Großparteien ist im Norden im wesentlichen identisch. Im Süden hingegen korreliert der ÖVP-Stimmenanteil deutlich positiv mit dem Anteil der Katholiken und negativ mit dem Anteil der Evangelischen, der SPÖ-Stimmenanteil korreliert deutlich positiv mit dem Anteil der Evangelischen und negativ mit dem Anteil der Katholiken.

Die errechneten Zusammenhänge zwischen konfessioneller Struktur und Wählerverhalten verlieren im untersuchten Zeitraum im allgemeinen an Erklärungswert. Die konfessionelle Determiniertheit des ÖVP- und des FPÖ-Stimmenanteils geht zurück. Berücksichtigt man jedoch nicht nur die formelle Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche, sondern auch die aktive Teilnahme in Form des regelmäßigen Besuches des Sonntagsgottesdienstes ("Dominicantes"), so ist eine gegenläufige Tendenz feststellbar:

korrelierte Variablen (Anteile)	Burgenland	
	Zeitpunkt	
	1	2
Dominicantes+ÖVP	45	50
Dominicantes+SPO	-29	-35
Dominicantes+FPÖ	-38	-41

Der Anteil der Dominicantes an der Wohnbevölkerung liefert nicht nur allgemein stärkere Erklärungswerte als der Anteil der Katholiken, seine Erklärungswerte nehmen auch im untersuchten Zeitraum zu. Wenn auch die dieser Rechnung zugrundeliegenden Daten nicht denselben Grad an Exaktheit beanspruchen können als die von der amtlichen Wahlstatistik oder der amtlichen Volkszählung gelieferten Daten, so kann generell doch gesagt werden, daß der Erklärungswert des Faktors Anteil der Dominicantes zumindest nicht rückläufig ist. Die Partizipation am Leben der katholischen Kirche ist somit der einzige, die sozialpsychologische Determiniertheit des Wählerverhaltens ausweisende Faktor, der zu beiden Zeitpunkten das Wählerverhalten wesentlich zu erklären vermag und dessen Aussagekraft im untersuchten Zeitraum nicht abnimmt.

Die Profile der Parteien

Die Profile der Wählerschaft der beiden Großparteien sind sehr stark von sozioökonomischen Determinanten geprägt. Diese sozioökonomische Bedingtheit der Stimmenanteile von ÖVP und SPÖ wächst. Dementsprechend nimmt die Bedeutung der sozialpsychologischen Determinanten für die beiden Großparteien im allgemeinen eher ab. Das gilt insbesondere für die Bedeutung der sprachlichen Schichtung - die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe bestimmt in immer geringerem Ausmaß zur Wahl der ÖVP oder der SPÖ. Das gilt jedoch nur eingeschränkt für die konfessionelle Schichtung. Die Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Gruppe bestimmt zwar immer weniger zur Wahl oder Nicht-Wahl der ÖVP. Bezüglich der SPÖ kann diese Aussage nicht getroffen werden. Ebenso wenig kann von einer abnehmenden Determiniertheit des Wählerverhaltens durch die Zugehörigkeit (oder Nicht-Zugehörigkeit) zum katholischen Aktivsegment der Dominikantes gesprochen werden.

Das Profil der Wählerschaft der FPÖ hebt sich sehr deutlich von dem der Wählerschaft der beiden Großparteien ab. Die Wählerschaft der FPÖ ist in überwiegendem Maße sozialpsychologisch determiniert, wobei im untersuchten Zeitraum die in ihrem Einfluß auf den FPÖ-Stimmenanteil dominierende konfessionelle Schichtung als Determinante eher abnimmt, die in ihrem Einfluß auf den FPÖ-Stimmenanteil nächstwichtige Schichtung jedoch eher zunimmt.

Das Profil der Wählerschaft der KPÖ ist weniger klar zu definieren, es wird weniger deutlich von sozioökonomischen Determinanten bestimmt als die Profile der Wählerschaft von ÖVP und SPÖ, es wird aber auch weniger deutlich von sozialpsychologischen Determinanten bestimmt als das Profil der Wählerschaft der FPÖ.

Die Personifizierung der ÖVP-Wählerschaft ist der in der Land- und Forstwirtschaft tätige, aktive Katholik, der im Norden jedenfalls deutsch, im Süden unter Umständen kroatisch spricht. Die Personifizierung der SPÖ-Wählerschaft ist der in Industrie und Gewerbe un-

selbständig Erwerbstätige, der vielleicht außerhalb der Landesgrenzen beschäftigt ist, der unter Umständen kroatisch spricht (im Norden eher als im Süden) und entweder (wahrscheinlich nichtaktiver) Katholik (eher im Norden) oder Protestant (im Süden) ist. Die Personifizierung der FPÖ-Wählerschaft ist jedenfalls der evangelische Deutschsprechende, der im Norden in der Land- und Forstwirtschaft tätig ist, dessen Beruf im Süden jedoch nicht näher bestimmbar ist.²⁾

Verifizierung und Falsifizierung der Hypothesen

Die ersten beiden der grundlegenden Hypothesen

- die sozioökonomischen Determinanten bestimmen das Wählerverhalten in Richtung einer der wirtschaftlichen Zugehörigkeit der Wähler entsprechenden Dichotomie;
- die sozialpsychologischen Determinanten bestimmen ergänzend das Wählerverhalten im Sinn einer Brechung, einer Abschwächung der sozioökonomischen Determiniertheit des Wählerverhaltens;

sind durch die Ergebnisse dieser Untersuchung im wesentlichen verifiziert. Die sozioökonomischen Determinanten, ausgewiesen durch die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Bevölkerung und durch das Ausmaß der Pendelbewegung, erklären am deutlichsten das Wählerverhalten der Burgenländer.

Auch der Einfluß der sozialpsychologischen Determinanten als zusätzlich erklärende Variablen ist erwiesen, wobei die in der Formulierung der Hypothese angenommene "Brechung" und "Abschwächung" der sozioökonomischen durch die sozialpsychologischen Determinanten insofern verifiziert ist, als der Erklärungswert sozialpsychologischer Determinanten umso höher ist, je schwächer der Erklärungswert sozioökonomischer Determinanten ist. Deutlich wird dieses Phänomen der Brechung der sozioökonomischen Determiniertheit in der Verschiedenartigkeit der Profile der Wählerschaft der ÖVP und der SPÖ einerseits, der FPÖ andererseits.

Von den die grundlegenden Hypothesen weiterführenden Annahmen ist jedoch eine Annahme nicht oder nur unzureichend verifiziert: Die nicht deutschsprechenden Minderheitsgruppen weisen nur insofern ein wesentliches, gruppenspezifisches Wählerverhalten auf, als zwischen dem Anteil der Kroatischsprechenden und dem Stimmenanteil der FPÖ eine negative Korrelation besteht. Andere Zusammenhänge zwischen der sprachlichen Struktur und dem Wählerverhalten können entweder überhaupt nicht, oder aber in nur sehr geringem Umfang behauptet werden. Die Annahme eines hohen Erklärungswertes der sprachlichen Struktur des Burgenlandes muß daher als teilweise falsifiziert angesehen werden.

Die dritte Hypothese

- die institutionellen Determinanten stärken langfristig die die sozioökonomische Determiniertheit des Wählerverhaltens abschwächende Bedeutung der sozialpsychologischen Determinanten ist eindeutig falsifiziert. Das Ausmaß der Brechung der sozioökonomischen durch die sozialpsychologische Determiniertheit des Wählerverhaltens ist im untersuchten Zeitraum nicht, wie es der Hypothese entsprochen hätte, im Vorrücken gewesen, sondern im Rückgang. Das dem Idealtypus des Zweiparteiensystems so weitgehend angenäherte Parteiensystem des Burgenlandes zeichnet sich nicht durch eine abnehmende, sondern vielmehr durch eine zunehmende sozioökonomische Bedingtheit des Wählerverhaltens aus. Nimmt man das Ausmaß der sozioökonomischen Determiniertheit des Stimmenanteils einer Partei als Indikator für ihre Einstufung im Kontinuum Klassenpartei - Wählerpartei, so entfernen sich im untersuchten Zeitraum sowohl die Österreichische Volkspartei, als auch die Sozialistische Partei Österreichs vom Typus der Volkspartei.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. dazu Karisch, A., Staat, Parteien und Verbände in Österreichs Wirtschaftsordnung, Wien 1965, sowie Pelinka, A., Welan, M., Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien 1971, S.315
- 2 Dieser Versuch einer Personifizierung der Wählerschaft kann für sich auf Grund der vorliegenden Ergebnisse keinesfalls strenge Wissenschaftlichkeit beanspruchen. Er folgt jedoch einem interessanten Ansatz bei Blecha, K., Gmoser, R., Kienzl, H., Der durchleuchtete Wähler, Wien 1964.

VI. AUSSAGEN ZUR THEORIE DES WAHLERVERHALTENS

Der Wahlforschung wird der Vorwurf entgegengehalten, ihre bisherigen Ergebnisse ließen die historische Dimension mehr oder minder unberücksichtigt.¹⁾ Untersuchungen des Wählerverhaltens würden im allgemeinen nur Momentaufnahmen sozialer Prozesse liefern, statische Bilder dynamischer Abläufe - und wären daher tendenziell verzerrend.

Die vorliegende Untersuchung versucht, der so vermißten historischen Dimension gerecht zu werden. Der komparative, die Zeitverschiebung beobachtende Charakter der vorliegenden Untersuchung beleuchtet die Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses in dem ökonomisch relativ zurückgebliebenen, von einer doppelten Minderheitensituation geprägten Burgenland. Narr und Naschold haben an die Einbeziehung der historischen Dimension relativ hohe Erwartungen geknüpft.²⁾ Sie erwarten davon in einem bestimmten Sinn eine partielle Rehabilitierung traditioneller demokratie-theoretischer Modellvorstellungen, insbesondere die Falsifizierung der manchmal deklarierten, manchmal undeklarierten Annahme einer konstanten Irrationalität und Inaktivität der Wählerschaft.³⁾

Das von der Wahlforschung diagnostizierte Maß an Irrationalität, das der Entscheidung der Wähler zugrundeliegt, und das Maß an politischer Inaktivität, das in der Wählerschaft existiert, erhält in den theoretischen Verarbeitungsversuchen einen bestimmten, systemtheoretischen Stellenwert. Vor allem Berelson, Lazarsfeld und McPhee unterstreichen den systemstabilisierenden Effekt dieser Umkehrung rationalistischer, der traditionellen Demokratietheorie verpflichteten Vorstellungen.⁴⁾ Daß die Wähler in erheblichem Umfang vom traditionellen Idealtypus des aktiven, kritischen, rationalen Schiedsrichters der Demokratie abweichen, mindere ihr Konfliktbewußtsein und erleichtere den Konsens der Eliten. Die politische Apathie der Wähler garantiere die Stabilität des Systems. Die Wahlforschung untermauert damit die "Theorie demokratischer Elitenherrschaft."⁵⁾

Mit diesen Resultaten der Wahlforschung eng verbunden ist die Vorstellung einer im Interesse der Stabilität des politischen Systems notwendigen Entideologisierung der politischen Parteien;⁶⁾ Sowohl auf programmatischem, als auch auf strukturellem Gebiet stünden die Parteien unter dem Gesetz der Konvergenz, das als Ausfluß allgemeiner Entwicklungen der Industriegesellschaft gedeutet wird.

Diese Deutung stützt sich auf eine starke empirische Evidenz. Daß die österreichischen Parteien auf programmatischer Ebene langfristig konvergieren, kann als ebenso feststehend betrachtet werden wie das Wachsen eines politischen Konsenses.⁷⁾ Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung, vor allem die Falsifizierung der dritten Hypothese, zeigen jedoch die Relativität des Entideologisierungsvorganges und damit die Relativität der Erscheinungen, die von der Wahlforschung manchmal vorschnell als irreversibel, als konstant dargestellt werden.

Das Burgenland erwies sich als ein politisches System, dessen Parteien in einer Phase beschleunigter Industrialisierung und einer Zunahme des Konsenses - indiziert durch die generell abnehmenden Erklärungswerte der die Minderheitssituation ausweisenden Daten - nicht unter dem Gesetz der zu vermutenden strukturellen Konvergenz, sondern vielmehr unter dem Gesetz der strukturellen Divergenz standen. Ökonomisches Wachstum und Verfestigung des Konsenses, Faktoren der Stabilisierung politischer Systeme, gingen nicht parallel mit einer strukturellen Annäherung der Wählerschaft der Großparteien auf sozioökonomischem Gebiet. Die hypothetisch angenommene sozioökonomische Entpolarisierung der Wählerschaft fand nicht statt - die sozioökonomischen Profile der Großparteien waren am Ende des untersuchten Zeitraumes gegensätzlicher als am Beginn.

Die vorliegende Untersuchung widerspricht somit der Auffassung, die Entwicklung eines politischen Systems erfolge mit einer bestimmten, vorgezeichneten Automatik, deren wesentliche Entwicklungsstufe im gegenwärtigen Stadium der Industriegesellschaft durch eine strukturelle Konvergenz der konkurrierenden Parteien gekennzeichnet ist.⁸⁾ Die

allgemeine Stabilität eines politischen Systems und die strukturelle Konvergenz der Parteien sind keineswegs notwendigerweise positiv korreliert.

Es wäre zweifellos eine Überinterpretation, das vorliegende Material und die gewonnenen Ergebnisse zu der geforderten "gründlichen und adäquaten Auseinandersetzung mit der klassischen Demokratietheorie"⁹⁾ auszubauen. Die Einsicht in die Möglichkeit, daß der sozioökonomische Antagonismus in der Wählerschaft zunimmt, ohne die Stabilität des politischen Systems zu gefährden, läßt jedoch manche der bisher geführten Auseinandersetzungen der Wahlforschung mit der Demokratietheorie als vordergründig erscheinen. Der in bestimmten politischen Systemen festgestellte Zusammenfall von Stabilität und bestimmten Verhaltensformen - wie etwa Inaktivität, Irrationalität, Apathie, Entideologisierung, Konvergenz - wurde oft allzu rasch als kausal interpretiert.

Die aus der Untersuchung des Wählerverhaltens der Burgenländer gewonnenen Ergebnisse lassen sich keineswegs gegen die bisherigen Erkenntnisse der Wahlforschung ausspielen. Sie müssen jedoch als Warnung vor vorschnellen Interpretationen gewertet werden. Das Verhalten der Wähler kann jedenfalls nicht mit einer leichtfertigen Selbstverständlichkeit zur Stützung jenes "reduzierten Demokratiebegriffes"¹⁰⁾ angeführt werden, den man im Bereich der Politikwissenschaft vornehmlich in der Wahlforschung antrifft.

ANMERKUNGEN

- 1 Diesen Vorwurf erheben Narr, W.D., Naschold, F., Theorie der Demokratie, Stuttgart 1971, S.199.
- 2 Narr, Naschold, a.a.O., S.201.
- 3 Vgl. dazu Kienzl, H., in: Blecha, K., Gmoser, R., Kienzl, H., Der durchleuchtete Wähler, Wien 1964, S.178: "Diffizile politische Probleme kann der Wähler nicht erfassen und schon gar nicht lösen."
- 4 Berelson, B., Lazarsfeld, P., McPhee, W., Voting, Chicago 1954, vor allem S.319 ff. Diese auf Entwicklungen in den USA basierenden Forschungsinterpretationen können freilich nicht als repräsentativ für alle Mehrparteiensysteme angesehen werden.
- 5 Bachrach, P., The Theory of democratic Elitism, Boston 1967.
- 6 Vgl. dazu Schelsky, H., Über die Stabilität von Institutionen, besonders Verfassungen, in: Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf-Köln 1965, S. 33 ff.; Kirchheimer, O., Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS 1965, S.24 ff.
- 7 Vgl. dazu Belinka, A., Welan, M., Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien 1971, S.275 ff.
- 8 Lipset, S.M., Political Man, New York 1960, S.31: "A stable democracy requires a situation in which all the major political parties include supporters from many segments of the population." Vgl. dazu auch das, was Lipset über den Zusammenhang von rascher Wirtschaftsentwicklung und Wählerverhalten vor allem bezüglich der skandinavischen Staaten auf S 68 ff. ausführt.
- 9 Narr, Naschold, a.a.O., S.203.
- 10 Naschold, F., Demokratie und Komplexität, in: PVS 1968, S.516.

NACHWORT

Die vorliegende Studie wurde Ende 1968 begonnen. Die Datenerhebung wurde im wesentlichen im Jahre 1969 durchgeführt, die Datenauswertung im Jahre 1970. Im November 1969 wurde ein Zwischenbericht vorgelegt. Die Fertigstellung der Studie erfolgte im Sommersemester 1971, die Formulierung des Forschungsberichtes im August 1971.

Die Autoren danken der burgenländischen Landesregierung, vor allem Herrn Landesrat Fred Sinowatz, für die großzügige Unterstützung des Projektes in Form einer Subventionierung und der Übergabe von Datenmaterial. Mehreren anderen Stellen des Burgenlandes, wie dem bischöflichen Ordinariat Eisenstadt und der evangelischen Superintendentur Eisenstadt, gebührt ebenfalls unser Dank. Zahlreiche Anregungen inhaltlicher und vor allem methodischer Natur kamen von Herrn Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann und von Herrn Univ.-Ass. Johannes Gordesch vom Statistischen Institut der Universität Wien sowie von unseren Kollegen Ulrich Werner und Peter Gerlich vom Institut für Höhere Studien.